

JASSEN-KUMANISCHE BAUERNBEWEGUNG ZUR ZEIT DER GRUNDHERRSCHAFT DES DEUTSCHEN RITTERORDENS (1724 – 26)

VON
JÓZSEF KISS

Der Friedensschluss von *Szatmár* beendete im Jahr 1711 vergebens den Freiheitskampf *Rákóczi*, den Prozess des acht Jahre währenden bewaffneten Kurutzenaufstandes, aber für die unter herrschaftliche Gerichtsbarkeit gedrängte Bauernschaft brachte er keinerlei Erleichterung, im Gegenteil ihre wirtschaftlichen Lasten nahmen zu, ihre staatlichen (contributive Quantum, käyserliche Portion) und herrschaftlichen Steuern sowie ihre Dienstleistungen stiegen von Stufe zu Stufe. Der Klassenkampf der Bauernschaft, ihr Kampf gegen die fremde Staatsgewalt und gegen den alten oder neuen Grundherrschaften wurden in den unterschiedlichsten Formen fortgesetzt.

Zwischen dem 1711 niedergeworfenen Freiheitskampf der Kurutzen und dem Bauernaufstand im Komitat Békés vom Jahr 1735 war in der Geschichte des Widerstandes der Bauernschaft in der grossen ungarischen Tiefebene die bedeutendste die jassen-kumanische Bauernbewegung der Jahre 1724 – 26.

Ihre Eigenart ist dadurch gegeben, dass der ein Vierteljahrhundert währende Kampf gegen die Grundherrschaft des Deutschen Ritterordens auch diesmal in der Form eines offenen Widerstandes zutage trat, genauso wie im Frühling 1703, der sich allsogleich in den Landesstromkreis der Bauernaufstände einschalten konnte, jetzt wurde er jedoch durch die lähmende Gegenwart der käyserlichen Truppen rasch isoliert. Andererseits ist ihre Bedeutung dadurch bestimmt, dass diese Bauernbewegung die gleiche Generation organisierte, die anderthalb Jahrhunderte früher, in jüngeren Jahren, an dem Freiheitskampf der Kurutzen von Anfang bis zum Ende teilgenommen hat, dann bei *Majtény* enttäuscht die Waffen strecken musste, den Treueid der Unterwerfung jedoch nicht geleistet und die herrschaftliche Gerichtsbarkeit des Deutschen Ritterordens auf dem jassen-kumanischen Territorium in Wirklichkeit niemals anerkannt hat.¹

Die Jassen und Kumanen – als etnikum – alanischer bzw. türkischer Herkunft wurden sich im Jahre 1241 in die grosse ungarische Tiefebene angesiedelt, und sie wurden sehr bald zu Ungaren assimiliert. Diese Genera-

tion der Jassen-Kumanen wusste es sehr gut, dass das jassen-kumanische Territorium im Zeitalter des Feudalismus stets *Krongut* (*Bona Coronalia*, *Peculia Regni Coronae*) war,² dessen Veräußerung Gesetze untersagten,³ welche ihre Gültigkeit kategorisch auch zur Zeit des Kaisers und Königs *Leopolds I.* und seinem Nachfolger nicht verloren haben. Im Jahr 1702 verkaufte also Kaiser *Leopold I.*, zugleich ungarischer König, auf Antrag des Präsidenten Geheimrats, des *Kardinals Leopold von Kollonits* den Jassen Kumanischen Distrikt eigenmächtig und gesetzwidrig dem Miterwerber, der *Széchényi-Fundation*.⁴ Dieses Kaufgeschäft brachte wohl der kaiserlichen Hofkammer eine Bargeldeinnahme von 500 000 rh. Gulden. In Wirklichkeit hob es aber den Charakter des Jassen-Kumanischen Distrikts als Krongut nicht auf, die Bevölkerung wurde aber trotzdem der privaten herrschaftlichen Gerichtsbarkeit unterstellt und in eine urbariale Leibeigenschaft gezwungen. Innerhalb des Verbandes des feudal-ständischen öffentlichen Rechtes war jedoch das Krongut mit der der heiligen ungarischen Krone gegenüber gesetzlich vorgeschriebenen Treue und als dessen Ausdruck mit dem Begriff der Wehrpflicht ein eigenes Geld und auf eigenen Kosten im Lauf der Jahrhunderte im Bewusstsein und in der gesellschaftlich-politischen Praxis der Jassen-Kumanen so eng verbunden, dass sie ihren Verkauf, ihre Preisgabe zugunsten des kaiserlichen Aarars für bares Geld als empörend und unerträglich empfunden haben.

Die Jassen-Kumanen sich empörten sich keineswegs wegen der eigenmächtigen und gewaltsamen Aenderung ihrer öffentlich-rechtlichen Rechtsstellung, sondern in erster Linie gegen die Einführung des grundherrschaftlichen Besteuerungssystems. Früher waren sie nämlich noch niemals einer unmittelbaren grundherrschaftlichen Gewalt untergeordnet. Ähnlich der Rechtsstellung der Königlichen Freistädte, die gleichfalls als Krongüter galten, war ihr ständiger Grundherr der Staat selbst, genauer der jeweilige ungarische König, der dieses feudale Hofrecht durch den Palatin ausgeübt hat. Er bekleidete die Aemter des Hauptkapitäns und Oberrichters der Jassen-Kumanen und vertrat ihre Distrikte am ständischen Reichstag. Als solcher bezog er jährlich 3000 Goldgulden (12 000 rh. Gulden) von der Königlichen Kammer, wo diesen Palatinszensus die Städte und Gemeinden der Jassen-Kumanischen Distrikte einzahlten, ihre Mitteln und ihrer materiellen Kraft entsprechend sogar zur Zeit der Türkenherrschaft.⁵ Mit der Veräußerung wurden der Wirkungskreis des Palatins und der Zensus abgeschafft und an deren Stelle erschien der Deutsche Ritterorden als „jure perpetuo et irrevocabiler“ grundherrschaftlicher Eigentümer und forderte eine grundherrliche Steuer von jährlich 30 000 rh. Gulden und gleichzeitig eine fast grenzenlose Menge von Naturalien.⁶

Der kaiserliche Donationsbrief und der Kaufvertrag statteten den Deutschen Ritterorden mit allen grundherrlichen Eigentumsrechten aus. Er erhielt das Recht in den Verwaltungszentren des Jassen-Kumanischen Distrikts (*Jászberény*, *Kiskunhalas*, *Karcagújszállás*) drei Adelssitze zu erbauen und neun Allodien zu errichten. Er wurde bevollmächtigt das Patronatsrecht (*jus patronatus*) der Parochialkirchen, die Gerichtsbarkeit und den Blutbann (*ius gladii*) auszuüben, als herrschaftlicher Ober-

gerichtsstuhl konnte er also auch Todesurteile fällen. Ausserdem erhielten die in die Distrikte delegierten Beamten des Ritterordens und die Ritter Dreissigstzoll-, Fährgeld- und Maurfreiheit, der generalis Ritterordens – Hoch- und Deutschmeister – konnte neben seinen hohen kirchlichen und staatlichen Würden⁷ auch die Würde eines erblichen Herren und Oberkapitän des Jassen-Kumanischen Distrikts bekleiden. Im Einvernehmen mit dem Herrscher ernannte er aus der Reihe der vornehmen Komture des Ritterordens jenen Delegierten der am Pressburger Reichstag über das Beteiligungs- und Stimmrecht verfügte.⁸

Im März 1708 bestritt der Palatin Fürst *Pál Esterházy* – der die Würde eines Hauptkapitäns und Oberrichters der Jassen-Kumanen, vor allem aber den Palatinalzensus für sich zurückgewinnen wollte, – im Reichstag das Beteiligungs- und Stimmrecht der Ritter am Reichstag, indem die Landstände des Reichstags der Naturalisierung und dem Indigenat des Deutschen Ritterordens noch nicht zugestimmt hatten. Der Streit zog sich Jahrzehnte hindurch, und es scheint, dass der Nachfolger *Kollonits'* als Erzbischof von Gran (*Esztergom*), Herzog *Christian August von Sachsen-Zeit*, der kraft seines Amtes auch Generalpatron und Inspektor der *Széchenyi-Stiftung* war – es lieber gesehen hätte, dass der Jassen-Kumanische Distrikt zur Gänze in das grundherrliche Eigentum der Institutionen der *Széchenyi-Stiftung* in *Pressburg (Pozsony)* oder *Pest* übergeht. Eine solche Institution kann aber nur nach Beendigung des Krieges zustandegebracht werden, in dieser Angelegenheit müsse man demnach günstigere Verhältnisse abwarten.⁹

Im Jahr 1711 zeitigten auch die Szatmárer Friedensbestimmungen bezüglich der Jassen-Kumanen keine Befriedung: „Sofern die Privilegien der Jassen, Kumanen und der Heiduckenstädte den Landesgesetzen gegenüber eine Verletzung erfahren hätten, so wird diese der nächste Reichstag voll und ganz beseitigen“.¹⁰ Dieses Versprechen liess in den Führern der Jassen-Kumanen einige Hoffnung aufkommen, da sich gemäss dem ihnen vorgelesenen Artikel 5. des Friedensdokuments für sie die Möglichkeit auftrat das ihnen widerfahrende Unrecht vor die Hofbehörden zu bringen. Die Führer der Jassen-Kumanen machten von dieser Möglichkeit Gebrauch und liessen dem magister generalis des Ritterordens, Herzog *Franz Ludwig in Breslau*, dem Komtur des Ritterordens *Kyau in Wien*, dem Palatin *Esterházy* und dem Feldmarschall Graf *János Pálffy*, kaiserlichen Oberkommandanten in *Pressburg (Pozsony)* Bitt- und Klageschriften zugehen, sonach unterhielten sie vom April 1712 an drei ständige Ablegate in *Pressburg* mit der Aufgabe sie über alle Einzelheiten der Reichstagsverhandlungen bezüglich der Jassen-Kumanen brieflich fortlaufend zu unterrichten, andererseits in den höheren Kreisen Gönner für ihre Sache zu gewinnen, um sich so bald als möglich ihrer herrschaftlichen gerichtsbarkheit entledigen zu können.¹¹ Diese Aktionen zeitigten nur so viel Erfolg, dass der Pressburger Reichstag am 3. September 1712 eine Kommission zur Überprüfung der Angelegenheiten des Jassen-Kumanischen Distrikts entsandte. Diese beschäftigte sich jedoch mehr nur mit der Auslegung der alten jassen-kumanischen Privilegien und berührte vorsichtig die mit den auch

in den Ordensstatuten vorgeschriebenen ursprünglichen Aufgaben des Deutschen Ritterordens zusammenhängende (kirchliche-militärische) Tätigkeit und auch seiner gutsherrschaftlichen Ansprüche. Sie beantragte, dass der Deutsche Ritterorden statt des Jassen-Kumanischen Distrikts ein anderes Territorium erhalte, weil der Boden der Jassen-Kumanen dem Ritterorden nicht so viele Gelegenheiten zu Ausübung des ritterlichen Ruhmes und der Tugend bietet, als der mit den Türken unmittelbar benachbarte Teil des Landes (z.B. das *Burzenland/Barcaság*), *Lika-Cor-bavia* oder die Domäne *Csáktornya*.¹²

Der Reichstag befasste sich aber erst im Juni 1715 mit der Möglichkeit eines Rückkaufs des Jassen-Kumanischen-Distrikts. Während der vergangenen zweieinhalb Jahre erfolgten in der Gestaltung der grundherrschaftlichen Verhältnisse des Ritterordens wesentliche Wandlungen. Der Domänenpräfect und Leiter der nach *Jászberény* entsandten grundherrschaftlichen Administration des Deutschen Ritterordens, der Hauptordensritter *Johann Christoph Reisswegg ab Ehrenfeld*, der dieses Amt seit April 1710 bekleidete und die Distrikte über den ausgehandelten Pachtzins hinausgehend jährlich um mehrere Zehntausend rh. Gulden zu seinen eigenen Gunsten geschädigt hat, war im April 1714 unter seither ungeklärten Umständen, gelegentlich eines für ihn kennzeichnenden Gezeches plötzlich gestorben. Schon anlässlich der Steueraufnahme vom Jahr 1713 schlug er dem *Wiener Landkomturamt* der Administration des Ritterordens (als Mittelinstanz) vor, den Pachtzins des Jassen-Kumanischen Distrikts bis zu 100 000 rh. Gulden pro Jahr zu erhöhen, da die Bevölkerung und der Reichtum in einem solchen Ausmass zugenommen hat.¹³ Darauf folgend rief *Franz Ludwig* am 10. Mai auf Antrag *Kyau* die drei Distriktsprovisoren der Administration des Ritterordens: die Ritter *Baron Stephan Franzis Shynorany*, *Tobias Leistner* und Freiherr *Franz Konrad Reinach* aus dem Jassen-Kumanischen Distrikt ab und ernannte den königlichen Tafelrichter *István Orczy*, Vizegespan des Komitats Heves-Külső-Szolnok und Grundbesitzer in dem mit dem Jassen Distrikt benachbarten *Tarnaörs* zum grundherrschaftlichen Inspektor und Vize-Oberkapitän des Deutschen Ritterordens in Jassen-Kumanischen Distrikten.¹⁴ Hierauf inspizierten *Kyau* und seine Begleitung den Jassen Kumanischen Distrikt. Bei dieser Gelegenheit konnte er sich davon überzeugen, dass die sich infolge des Pachtzins (herrschaftliches Arenda-Geld) und der militärischen Kontribution (Kaiserliche Portion) zunehmende Unzufriedenheit und die Proteste zu einer gefährlichen Massenbewegung ausweiten könnte und dass auch die Gefahr einer Abwanderung aus den Distrikten besteht. Deshalb ermässigte er den auf die jassen-kumanische Bauernschaft entfallenden grundherrschaftlichen Pachtzins fast um die Hälfte (von 22 456 rh. Gulden auf 13 404 rh. Gulden und 34 Denare). Als Gegenleistung spendete die Generalkongregation der Distrikte *Kyau* sechs Fohlen im Werte von 600 rh. Gulden.¹⁵

Von dieser Zeit an herrschte eine wesentlich mildere Form der herrschaftlichen Güterdirektion des Ritterordens im Jassen-Kumanischen Distrikt. Nach dem Tode *Ehrenfelds* wurde die Verwaltung der Distrikte von 22. April 1714 beginnend neu organisiert. In allen drei Distrikten

wurden neue Distriktskapitäne gewählt,¹⁶ und in jedem Distrikten konnten Distrikt-Kongregationen abgehalten werden. Durch Wahl wurden an die Spitze der Marktflecken neue Leitungen bestellt (aus 24 Mitgliedern bestehender Senat und Magistrat), an die Spitze der Gemeinden aber geriet ein aus 12 Mitgliedern bestehender Vorstand (Richter, Notare, Geschworene). In der Versammlung des Gesamt Distrikts wurden zu Vertretern *Orczys* der Distriktskapitän der Jassen, *Mátyás Kiss*, der besondere Commissarius *Wenceslaus Kutsera*¹⁷ und der secretarius oder Amtsschreiber *Joseph Strasser* gewählt¹⁸, die Abhängigkeitsverhältnisse änderten sich also grundlegend nicht, sie erfuhren bloss eine Modifizierung.

Diese Änderungen genügten aber dazu, dass der Bischof von *Erlau* (*Eger*), Graf *Gábor Antal Erdődy* das Patronatsrecht (*jus patronatus*) des Deutschen Ritterordens bestreite, weil die Bewohner des Jassen-Kumanischen Distrikts keinerlei kirchlichen Zehent zahlen („...ihne keine Zehenden geben thätten“), daher muss er im Falle der Vakanz einer Pfarre die Pfarrstelle aus eigenem Gelde besetzen, dies wäre in den reformierten Gemeinden der Kumanen von besonderer Wichtigkeit. Hierauf schrieb *Kyau* entschieden an *Erdődy*, dass das Patronatsrecht im Sinne des Kaufvertrags dem *Kurfürsten* des Ritterordens samt den grundherrschaftlichen Eigentumsrechten gebührt, die Auswahl, Vorstellung und Installation der geeigneten Pfarrer hingegen der erzbischöflichen Diözese von *Erlau* zusteht.¹⁹ Genauso bestritten die Landstände an dem am 8. September 1714 eröffneten Pressburger Reichstag das Jassen-Kumanische grundherrschaftliche Eigentumsrecht des Deutschen Ritterordens, weil gemäss der gültigen alten Gesetze dieses Krongut nicht veräussert werden konnte. Sie bestritten auch die Teilnahms und Stimmberechtigung des Deutschen Ritterordens im Reichstag, wobei sie sich auf § 12. des Kaufvertrags beriefen, demnach er in den Distrikten Festungen erbauen und dort Soldaten des Deutschen Ritterordens unterbringen dürfe, wodurch ein Staat im Staat entstehen würde.²⁰ Auch über das diesbezügliche Verhandlungsmaterial des Pressburger Reichstags sandte *Kyau* einen ausführlichen Bericht an den *Churfürsten Franz Ludwig* nach *Nyssa*. Er schrieb, die Landstände hätten gegen das Teilnahme- und Stimmrecht des Deutschen Ritterordens am Reichstag allerlei Einwände – „jedoch ohne Effekt“ – vorgebracht und wünschten, dass der Jassen-Kumanische Distrikt nur als Unterpfand – „nur loco pignoris“ – im Besitz des Ritterordens verbleibe, er möge also auf seine Rechtsstellung als Eigentümer „*jure perpetuo et irrevocabiliter*“ verzichten. Was immer aber am Reichstag beschlossen würde, bleibt die Gültigkeit des Kaufvertrags durch das Ansehen und die Würde („*Authoritate*“) der hohen Vertragsparteien, seiner kaiserlichen und königlichen Hoheit und des Churfürsten des Deutschen Ritterordens weiter bestehen, und dies muss auch aufgrund der Vorschriften der heimischen Gesetze gefordert werden.²¹

Und dass dies der Deutsche Ritterorden „mit allem Flug und Recht“ gefordert und auch durchgesetzt hat, beweist der Umstand, dass die Landstände 1715 einen Gesetzartikel geschaffen haben, den nie jemand durchgeführt hat.²² Da der Deutsche Ritterorden nur in dem Falle geneigt gewesen

wäre von seiner Rechtsstellung als Eigentümer „*jure perpetuo et irrevocabiliter*“ Abstand zu nehmen, wenn er den seinerzeit bezahlten Kaufpreis zurückerhält, kam ein Beschluss zustande, demnach, — obzwar im Sinne des G.A. Nr. 22 vom Jahr 1608 ein Rückkauf der veräusserten Krongüter ausschliesslich zu Lasten der Landstände erfolgen kann, die Hälfte des Kaufspreises das königliche Aerar, die andere Hälfte aber die Landstände aus den öffentlichen Quellen des Landes innerhalb von drei Jahren dem Deutschen Ritterorden ausbezahlen. Und als es 1717 bekannt wurde, dass weder das Aerar, noch die Landstände dem Deutschen Ritterorden als Rückerstattung des Kaufpreises des Jassen-Kumanische Distrikts keinen Kreuzer bezahlen wollen, ersuchte *Franz Ludwig* durch *Kyan* sofort die Hofkammer beziehungsweise die Hofkanzlei den Kaufvertrag von *Leopold I.* unverändert neuerlich auszufertigen und zu bekräftigen. Dies erhielt er auch unverzüglich.²³ An seiner grundherrschaftlichen Rechtsstellung als Eigentümer hatte sich nichts geändert.

Wie dies auch aus den Reichstagsbeschlüssen hervorgeht, war eines der Hauptziele der ungarischen Stände den öffentlich-rechtlichen Status des Jassen-Kumanischen Distrikts in Ungewissheit zu erhalten, um hernach die Distrikte zur Zahlung zu zwingen. In *Pressburg* wurden die Jassen-Kumanischen Adegaten dadurch eingeschüchtert, dass die angrenzenden Komitate die Distrikte entgegen Entrichtung der Hälfte des Kaufpreises untereinander aufteilen werden. Unter solchen Umständen wandten sich die Leiter des Jassen-Kumanischen Distriktes brieflich und durch eine Delegation an den Nachfolger *Esterházy's*, den Palatin Graf *Miklós Pálffy*, als Oberkapitän und „erblichen Richter“ der Jassen-Kumanen. Ihre Bitte war, er möge die Distrikte vor einer Aufteilung retten und ihnen behilflich sein die zum Rückkauf (*redemptio*) erforderlichen 250 000 rh. Gulden statt der Landräte aufzutreiben: „...damit wir diese auf unsere Obligation von solchen Herrschaften für die der Summe entsprechenden Zinsen aufnehmen, auf die Forderung des erwähnten Allerhöchsten Ordens erlegen und unter die Fittiche Euer Exzellenz gelangen können“²⁴.

Der Gedanke einer Redemption wurde also bereits im Jahr 1715 in einer völlig offenen, entschiedenen, gereiften Form — jedoch ohne Bargelddeckung — aufgeworfen: die jassen-kumanischen Leiter erklärten sich bereit auf Zinsen ein Darlehen aufzunehmen und die Hälfte des Kaufpreises dem Deutschen Ritterorden zurückzuzahlen, um ihre Freiheit von der Patrimonialgerichtsbarkeit zurückzugewinnen und der Jassen-Kumanische Distrikt wieder unter die Oberhoheit des Palatins zurückkehren können. Die Pressburger Adegaten *Káldy* und *János Kiss* meldeten sich in dieser Angelegenheit auch persönlich beim Palatin, vom dem sie in der Sache ermutigt wurden.

Pálffy antwortete auch brieflich auf die „untertänige Supplikation“ der Jassen-Kumanen und versicherte ihnen, dass sie „gemäss der zur Zeit der alten Palatine praktizierten Weise“ verbleiben können, die Komitate ihre Distrikte nicht aufteilen werden, ferner, dass die Befreiung von der herrschaftlichen Gerichtsbarkeit des Ritterordens „wahrlich auch von uns gewünscht ist, wir daher bei der Behebung der bezeichneten Summe nach

Möglichkeit behilflich sein werden, nur warten wir auf eine günstigere Zeit, ausserdem werden wir selbst danach trachten einen solchen Fundus – nach Möglichkeit – ausfindig zu machen“.²⁵

Kennzeichnend ist, dass nachher das Komitat Heves-Külső-Szolnok die aus *Pressburg* heimkehrenden *Káldy* und *Kiss* gefangennehmen liess und in *Erlau* einkerkerte, von hier konnten die Ablegaten nur durch die direkte Garantie *Orczy*s befreit werden.²⁶ *Orczy* wäre mit der alten öffentlich-rechtlichen und autonomen Sonderstellung der Distrikte grundsätzlich einverstanden gewesen, doch praktisch wollte er von einer Redemption aus eigenen Mitteln nichts wissen.²⁷ Er war sich dessen im Klaren, dass der Deutsche Ritterorden durch die Abgeordneten des Komitates Heves bereits Kenntnis von den Redemptionsbestrebungen erhalten hat, deshalb sandte er im Jahr 1716 den Oberrichter der Jassen *János Nagy* und den grosskumanischen Notar *Péter Szarka* als Delegierte der Distrikte zwecks „Beweis der Treue“ der Jassen und Kumanen nach *Breslau*, um „dem hochgeborenen Herzog, von *Neuburg*“ ihre Treue zum Ausdruck zu bringen.²⁸ Gleichzeitig erhielten *Káldy* und *Decsy* mit Kenntnis *Orczy*s abermals den Auftrag sich als Ablegaten fortlaufend in *Pressburg* aufzuhalten, um in politischen Fragen im Kreise der Oberbehörden, der Landstände, beziehungsweise der vom Reichstag entsandten „regelmässigen Ausschüsse“, sowie der zwischenliegenden Behörden und interessierten Protektoren Informationen einzuholen und insgeheim alles daranzusetzen um die Sache der Befreiung von der grundherrschaftlichen Gewalt zu fördern. Diese Ablegaten standen im ständigen Briefwechsel mit den Distrikten vorstehern.²⁹

Obzwar *Orczy* auch in seinem Brief vom 10. August 1717 erklärte: die Landstände des Reichstages wünschten allgemein, dass der Jassen-Kumanische Distrikt von der herrschaftlichen Gerichtsbarkeit des Ritterordens befreit werde, „ist dies undurchführbar“, der Jassen-Kumanische Distrikt „wird wieder ewig bei ihnen bleiben“,³⁰ bemühten sich die Leiter der Jassen-Kumanen die Redemption aus eigenen Mitteln im geheimen vorzubereiten. Hierzu war vor allem Geld nötig. Die Aufbringung des zur finanziellen Weckung des Pressburger und Wiener Aufenthaltes der Ablegaten, ihrer Verköstigung, der Beschenkung von Beamten der Regierungsbehörden, der Regierungsämter mittleren Grades und Aufnahme des hohen Kredites hätte es erfordert, dass neben der grundherrschaftlichen Steuerkasse sowie der staatlichen oder Kriegssteuerkasse in jedem Distrikt und in, jeder Ortschaft eine dritte Kasse errichtet werde. Derartige Hauskassen kamen jedoch nicht zustande, und unter diesem Titel durfte den Steuerzahlern auch keine Sondersteuer bemessen werden, es musste daher die Geldeinnahme auf einem anderen, weniger kontrollierbaren Wege gesichert werden. Die Mehrzahl der Steuerzahler verspürte dies auf eigener Haut. In ihrem Kreise konnten die Ausgaben der Vorbereitung einer Redemption nicht publiziert werden, infolgedessen wurde ihr Vertrauen der Vorstehung gegenüber erschüttert.

Darüber hinaus ergibt sich automatisch die Frage, ob der Redemptionsplan der jassen-kumanischen Leiter in Anbetracht der gegebenen Umstände, und Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung als real angesehen

werden kann. Zweifellos ist, dass die Produktionskräfte des Jassen-Kumanischen Distrikts im Jahrzehnt vor den Bauernbewegungen den quantitativen Kennwerten gemäss rascher zunahmten als der Durchschnitt der Tiefebene, der Ansiedlungskreis der Distrikte kräftigte sich wieder. Die Anzahl der Siedlungen in Jassen-Kumanien stieg von 14 auf 23, die der steuerzahlenden Bauernwirtschaften von 931 auf 2286, die Bevölkerungszahl von 5586 auf 13716. Die Anzahl der Zugtiere vermehrte sich im Kleinkumanischen Distrikt um das Dreifache, im Grosskumanischen Distrikt um das Doppelte und auch im Jassen-Distrikt um fast das Doppelte. Die jährliche Anbaufläche erhöhte sich im Durchschnitt der Wirtschaften im Kleinkumanischen Distrikt von 4,18 auf 7–10 Joch, im Grosskumanischen Distrikt von 15,73 auf 20,24 Joch, während sie sich im Jassen-Distrikt von 20,45 auf 12,23 verringerte, doch betrieben die Jassen auf einem gepachteten Steppenland von mächtiger Ausdehnung eine grossangelegte Viehzucht und einen Viehhandel. Laut der regnikolaren Konskription vom Jahr 1720 wurde schon in sieben Jassen Gemeinden Weinbau betrieben, ebenso gab es auch in fünf kleinkumanischen Gemeinden intensiven Weinbau.³¹ In den jassen-kumanischen Marktflecken sonderte sich die gewerbliche und Handelsbetätigung schon um vieles früher von den landwirtschaftlichen Berufszweigen ab, in den Gemeinden hingegen begann dieser Prozess erst vor den 1720er Jahren. Die Konskription des Ritterordens vom Jahr 1713 berücksichtigte die Gewerbetreibenden und Kaufleute noch nicht, bloss die Anzahl der Mühlen, Bierbrauereien und der Brandt-Wein-Kessel wurde registriert. Gemäss der Konskription vom Jahr 1720 gab es in *Jászberény* 39 Gewerbetreibende und 27 Kaufleute, in *Kiskunhalas* 11 Gewerbetreibende. Während 1713 im Grosskumanischen Distrikt nur 5 Mühlen erwähnt werden, wurden 1720 schon 13 grosskumanische Mühlen konskribiert. Im Jassen-Distrikt stieg die Anzahl der Mühlen von 14 auf 16, im Kleinkumanischen Distrikt hingegen von 5 auf 11. In drei Ortschaften der Distrikte (*Kiskunhalas*, *Jászapáti* und *Jászberény*) wurden jährlich insgesamt neun Jahrmärkte und in sämtlichen Ortschaften wöchentlich 1–2 Markttage (Wochenmärkte) abgehalten. Die Bevölkerung (nicht nur die Gewerbetreibenden und Kaufleute) ging aber auch auf die Jahrmärkte der grösseren Civi-Städte und einigen grösseren Städte Siebenbürgens und Nordungarns sowie Transdanubies. Auf diesen wurden die Erzeugnisse der bäuerlichen Warenproduktion Jassen-Kumaniens (vor allem Rindvieh, Pferde, Schafe, Schweine), ferner Tierhäute und Produkte des Woll- und Kürschnergewerbes, auf den lokalen Märkten hingegen Getreide, Wein, Weintrauben, Obst, Erzeugnisse der als Heimindustrie betriebenen Hanf- und Flachsspinnerei sowie Milch, Honig usw. verkauft. Auch das Einkommen aus der Jagd auf Pelztiere (Wolf, Fuchs, Hase, Marder) und Federwild sowie aus der systematischen Fischerei war nicht unbedeutend.³²

Zwecks Veranschaulichung des Tempos der Zunahme der Kraftquellen und der Bereicherung werfen wir einen Blick auf die tieferstehende Taballe:

Diese ziffernmässigen Daten beweisen, dass sich der Viehbestand der im Laufe der Besteuerung konskribierten jassen-kumanischen Wirtschaften während dieser Zeitspanne im allgemeinen verdoppelt hat. Innerhalb der

Gestaltung der Anzahl und des Durchschnitts des Viehbestandes:³³

	Im Jassen Distrikt		Im Kleinkumanischen Distrikt		Im Grosskumanischen Distrikt	
	zusammen	Durchschnitt	zusammen	Durchschnitt	zusammen	Durchschnitt
<i>Pferde, Fohlen</i>						
1713	1 440	1,4	203	1,0	174	1,1
1721	3 171	2,2	951	2,1	1 478	3,9
<i>Rindvieh</i>						
1713	5 504	4,9	969	5,1	910	5,5
1721	13 413	9,4	4 500	9,6	4 087	10,5
<i>Schafe, Lämmer</i>						
1713	11 154	10,1	2 299	12,0	887	5,4
1721	19 850	13,9	11 376	24,3	3 872	9,9
<i>Schweine</i>						
1713	1 682	1,5	200	1,0	338	2,0
1721	4 734	3,3	1 205	2,6	1 506	3,9

Distrikte, Marktflecken und Gemeinden weisen die Durchschnitte je konskribierten Familienoberhauptes freilich ein sehr abwechslungsreiches Bild auf, namentlich hinsichtlich des als Vorspann verwendbaren – also auch für den Handel am besten geeigneten – Viehbestandes. Im Falle jeder Steuerkonskription müssen wir aber damit rechnen, dass die konskribierten Bauern von der Waffe einer Ablehnung der Steuergrundlagen und Steuerobjekten in allen Fällen Gebrauch machten. Die Bauern der grosskumanischen Gemeinden haben beispielsweise im Jahr 1720 mehr als zwei Drittel der Anbaufläche vor den Konskribenten abgeleugnet, viele rissen ihre Häuser ab und zogen aus den Gemeinden in das Mooregebiet der mächtigen Deserten oder in die benachbarten Komitate, und kehrten erst später wieder zurück. Die Kommission, welche die Konskription überprüft hat, stellte nachträglich fest, dass die Anbaufläche in Grosskumanien nicht 7426, sondern 23678,5 Joch beträgt. Auch damit muss gerechnet werden, dass im Jassen-Kumanischen Distrikt das Vermögen der Distrikten, Marktflecken- und Gemeindevorsteher, der kirchlichen Personen und Institutionen (Kirchen, Pfarren) nicht registriert wurde, da es steuerfrei war. Der Marktflecken und die Gemeinden, des auf einen Gebiet von 19 Quadratkilometern, also ca. 253 333 Joch gelegenen Jassen Distrikts wollten der Konskription in der Weise entgehen, dass sie von den Grundherren der benachbarten Komitate Deserten in Pacht nahmen (*Hevesivány, Kerekudvar, Tápiógyörgye, Tápiószele, Tiszakürt, Szentandrás*), wo sie einen Teil ihres Viehbestandes hielten und Ackerbau betrieben, da bei der Konskription die Pachtungen als Steuergrundlage nicht registriert wurden. Die Kleinkumanen aber führten mit den Szegeder Pächtern und den eigenmächtigen Besitznehmern von Deserten Jahrzehnte hindurch Prozess wegen der Benützung von Deserten im Ausmass von ca. 110 000 Joch³⁴, die Steuerregistrierung dieser Deserten gestaltete sich deshalb für ungewiss.

Dies alles zeugt dafür, dass die wirtschaftlichen Kraftquellen des Jassen-Kumanischen Distrikts viel umfangreicher waren als die offiziell registrierbaren wirtschaftlichen Werte, andererseits erlangen wir Kenntnis von derart spezifischen Formen des bäuerlichen Widerstandes, die auch die Besteuerung seitens des Staates und der Gutsherren zwischen gewisse Schranken drängten.

Ein ununterbrochener Kampf wurde zwischen den Distrikten und den Wiener Hofbehörden wegen der Bestimmung der auf die einzelnen Distrikte entfallende Zahl von „Porten“ (Steuergrundlage-Einheit)³⁵ geführt. Die Kaiserliche Hofkammer hatte im Jahr 1711 — in Anbetracht der Kriegsverluste — die Anzahl der „Palatinalporten“ im Jassen-Kumanischen Distrikt von 61,7 auf 44,5 ermässigt und dementsprechend die Kriegsteuer der Distrikte — je Einheit 390 rh. Gulden gerechnet — mit 17,355 rh. Gulden bestimmt. Das anwesende Militärtrieb jedoch von der jassenkumanischen Bevölkerung einen wesentlich höheren Betrag ein, da sie ausnahmslos für „Rebellen“ gehalten wurde. In den Jahren 1711–12 waren die folgenden militärischen Einheiten in den Städten, Gemeinden und Einöden des Jassen-Kumanischen Distrikts stationiert: das Kürassierregiment *Darmstadt*, die *Montecuccoli*-Kürasserie, das Dragonerregiment *Vehlen*, die *Türrheim*-Infanterie, die *Fuhrweckden*-Infanterie und das Infanterieregiment *Jung-Daum*. 1713 peinigten schon die Einheiten von neun Regimentern die Bevölkerung, seit 1714 musste sie aber nur noch den Unterhalt des *Löffelholz*- und des *Jörger*-Dragoner- und Infanterieregiments übernehmen. Sprungartig erhöhte sich hingegen der Betrag der bemessenen Kriegsteuer. Es lohnt sich deren Steigerung in einer kurzen Zusammenfassung vorzuzeigen:³⁶

1711:	17 355 rh. Gulden	---	
1714:	18 036 rh. Gulden	---	
1715:	24 046 rh. Gulden	51 Kr.	
1716:	22 974 rh. Gulden	35 Kr.	
1719:	32 565 rh. Gulden	---	(schon nach 83.5 "Porten")
1720:	27 105 rh. Gulden	---	(ab hier nach 69.5 "Porten")
1722:	27 190 rh. Gulden	---	
1723:	26 294 rh. Gulden	---	(das blieb bis 1727)
1728:	26 332 rh. Gulden	---	

Die proportionelle Aufteilung des Betrags der bemessenen Kriegsteuer auf die einzelnen Distrikte, Marktflecken und Gemeinden erforderte von den Ortsbehörden mittlerer und unterer Stufe, namentlich von deren Leitern, eine riesige Verantwortung und Umsicht, mussten doch sie für eine Aufteilung der Steuerlasten auf die einzelnen steuerpflichtigen Wirtschaften sorgen. Auf dem Niveau des Steuerregisters jener Zeit vertiefte dies nur noch die Kluft zwischen den Distriktsvorständen und dem Generalkriegskommissariatsamt in Buda beziehungsweise den Organen der Wiener Hofkammer einerseits und den Steuerzahlern Jassen-Kumaniens niedrigen Adels und Vorständen und Funktionären der die Steuer bemessenden Ortsbehörden andererseits. In dieser Beziehung wurde die Lage durch den eigenartigen Umstand erschwert, dass die Registrierung der Staats- oder der Kriegs-

steuer und vielfach auch deren Eintreibung auch dem Wirkungskreis des Deutschen Ritterordens angehörte, wodurch es vielen so schien, dass der Orden als Grundherr die in die Leibeigenschaft gezwungene Bevölkerung Jassen-Kumaniens doppelt besteuert. Die Unzufriedenheit des gemeinen Volkes ist zum Teil gerade in diesem Umstand begründet. Massen von den weiter oben erwähnten Schriften des Ordensarchivs verwahren Unterbreitungen und Beschwerden solchen Charakters bezüglich der Übergriffe.

Obwohl der Deutsche Ritterorden in der Zeit zwischen 1714 und 1726 hinsichtlich der Bemessung des grundherrschaftlichen Pachtpreises in Jassen-Kumanien eine gewisse Gemässigung bekundete, (er erhöhte diesen nicht den Vorstellungen des verstorbenen *Ehrenfelds* gemäss auf 100 000 rh. Gulden) — dessen Betrag erhöhte sich je Familienoberhaupt von durchschnittlich 6,46 rh. Gulden im Jahr 1720 auf 9,42 rh. Gulden. Summenmässig zeigt das Ausmass der stufenweisen Erhöhung die folgende Tabelle auf:³⁷

1711:	10 950 rh. Gulden	(und Naturalien!)
1712:	11 550 rh. Gulden	----
1713:	12 950 rh. Gulden	----
1714:	13 404 rh. Gulden	34 Den. (Voranschlag 22 456 rh. Guld.)
1716:	17 210 rh. Gulden	----
1718:	18 075 rh. Gulden	----
1719:	23 275 rh. Gulden	----
1720:	21 540 rh. Gulden	----
1721:	21 690 rh. Gulden	----
1724:	22 258 rh. Gulden	----
1726:	22 341 rh. Gulden	----

Freilich können auch diese zahlenmässigen Angaben die Summe der grundherrschaftlichen Steuer nur annähernd zum Ausdruck bringen. Die mannigfaltigen Verwahrungen, zahllosen Beschwerden, die sehr kostspieligen Delegationen und die Beschenkungen zeitigten immerhin das Ergebnis dass der Deutsche Ritterorden gezwungen war von der Errichtung der neun Fronarbeit erfordernden herrschaftlichen Allodien Abstand zu nehmen. *Kyau* dachte 1714 in erster Linie an jene jassen-kumanischen Deserten wegen derer eigenmächtigen Inbesitznahme Prozess geführt wurde, „welche zuverarendieren weder jetzo, weder künftig seie werden, mithin durch nichts anders, als eigene Oeconomien — welche in Gestütereien und Viehzucht bestehen, und eine grosse Summam zum Vorschuss erfordern würden, genossen werden können, zumahlen in allen Hiesigen, von denen Türcken ehemals besessenen Comitaten dieses Königreichs, die Unterthanen absolute zu keinen Robot — wie in anderen Gespanschaften gebräuchlich — von ihren Obrigkeiten anzuhalten, ehe und bevor ein Solches in *Diaeta Universalis* derenselben imponieret werde“.³⁸ *Kyau* sah es also richtig, dass das jassisch-kumanische Territorium zur Errichtung herrschaftlicher Meierhöfe nicht geeignet ist, und auch keine Bevölkerung vorhanden ist, von der Frondienst gefordert werden könnte. Am Pressburger Reichstag war von der eigenmächtigen Inbesitznahme von Deserten in *Szeged* überhaupt keine Rede, ja *Szeged* erhielt auch seinen Rechtsstand als königliche Freistadt wieder zurück.³⁹ *Szeged* wirtschaftete auch noch im Jahr 1720 auf zehn

Deserten Kleinkumanians ohne Pachtzins zu zahlen. Die jassen-kumanischen Führer trachteten einerseits die ohne Rechtstitel benützten Deserten von den Szegedern zurückzuerhalten oder dass bezüglich dieser mit ihnen gültige Pachtverträge abgeschlossen werden, andererseits, dass auch hinsichtlich jener Deserten welche Debrecener, Kecskeméti, Nagykőröser, oder sonstige auswärtige Einwohner vom Deutschen Ritterorden pachteten, mit ihren eigenen Gemeinden Pachtverträge abgeschlossen werden, selbst wenn sie so einen höheren Pachtzins zahlen müssten. Um den Besitz der klein- und grosskumanischen Deserten entfachte also ein förmlicher Kampf, um dem vorzubeugen, dass in diesen herrschaftliche Meierhöfe entstehen könnten. Betrachten wir nun einige wichtigeren Momente dieses Kampfes.

Die Bewegung einer Inbesitznahme der kumanischen Deserten ging von den grösseren Gemeinden des dichter bewohnten Jassen Distrikts aus. Das ca. 15 000 Joch umfassende Desertum *Kunszentmárton* in Grosskumanien besiedelten zwischen 1716 und 1719 aus *Jászapáti* und *Jászsószentgyörgy* stammende Familien. Die neue Gemeinde pachtete noch zwei kumanische Deserten, *Csorba* und *Mesterszállás* vom Deutschen Ritterorden, wobei sie auch den früheren Pächter, die Stadt *Szentes*, und den eigentlichen General Graf *Leopold Schlick* überzahlte.⁴⁰ Ebenso besiedelten grosskumanische Gemeinden zwischen 1715 und 1717 das Desertum *Kisújszállás* und entwickelten es zur Gemeinde, zusätzlich pachteten sie vom Deutschen Ritterorden auch die beiden kumanischen Deserten *Turgony* (ca. 10 000 Joch).⁴¹ Auch die übrigen grosskumanischen Gemeinden übernahmen das Pachtrecht von den früheren Debrecener Pächtern. Somit gehörten 1720 schon sämtliche Deserten zu den jassen-kumanischen Pachtungen.

Auch die Entwicklung zur Gemeinde des kleinkumanischen Desertums *Dorozsma*, das in der Nähe von *Szeged*, auf einer Fläche von insgesamt ca. 10 000 Joch gelegen, aber deren Boden für den Obst- und Weinbau besonders geeignet war, bildete keine leichte Aufgabe. Die eigenmächtigen Inbesitzer von *Szeged* wirtschafteten auf diesem Gebiet sehr intensiv, und die Zusammenstösse zwischen ihnen und den auf dieses Gebiet gleichfalls anspruchsberechtigten Bauern des Jassen und Kleinkumanischen Distriktes waren auf der Tagesordnung. Zwischen 1718 und 1719 vermehrte sich die einwandernde Bevölkerung derart, dass sie es zur selbständigen Gemeinde erklärten und im Jahr 1720 bereits zwei Mühlen bauten. Zum ersten Richter der Gemeinde wurde der adelige *István Kálmán* gewählt.⁴²

Nach Beendigung des Türkenkrieges von 1716–1718 begannen auch die jassen Gemeinden eher die Kleinkumanischen Deserten vom Deutschen Ritterorden in Pacht zu nehmen. So pachtete z.B. *Jászberény* für 260 rh. Gulden die Deserten *Törtel* mit ca. 15 000 Joch, *Jászfényszaru* aber für gleichfalls 260 rh. Gulden die Desertum *Kara* in ähnlichem Ausmass. Auch zur Zeit der Bauerbewegungen von 1724–26 trieben viele ihre Vieherde lieber auf die ausgedehnten Weiden der Kleinkumanischen Deserten (*Csengele*, *Szentmihálytelek*, *Üllés*, *Zsana* usw.) als ihren Herren offen entgegenzutreten. Demgegenüber wäre eine grössere Solidarität und ein gemeinsames, entschiedeneres Auftreten zwecks Behebung der unterschiedlichsten Missstände äusserst nötig gewesen.

In den Jahren der Trockenheit und Dürre, die anfangs der 1720er Jahre begonnen haben, befürchteten die Kameralpräfektur in *Szeged*, die militärische Festungskommandatur und die städtischen Behörden, dass sie früher oder später von den kumanischen Deserten völlig verdrängt werden und scheuten daher kein Mittel um die zur Stadt näher gelegenen Teile der sich allmählich bevölkernden Deserten auch weiterhin in ihrem Besitz zu behalten. Sie nahmen sogar bewaffnete Brachialgewalt in Anspruch um die in der Gemarkung des neubesiedelten *Dorozsma* und *Mihálytelke*, ferner in *Üllés*, *Átokháza* und *Csengele* arbeitenden kumanischen Bauern zur Bezahlung des Zehents zu zwingen. „Sobald die Bauern aus *Dorozsma* ihre Wiesen gemäht, und auf Schwaden gezogen hatten, luden die Szegeder das Heu auf Wagen und schleppten es in die Stadt. Dies ordnete der Obrichter an, und die Bevölkerung war mit Androhung der Einkerkung oder auch einer Gelbusse von 12 Gulden gezwungen die Anordnung zu befolgen. Einmal wurden 30, ein anderes Mal 60 und wieder bei einer anderen Gelegenheit 150 Fuhren Heu von den Deserten in *Dorozsma* und *Üllés* verschleppt. Der Obrichter beorderte bei den einzelnen Gelegenheiten je 60 Männer an Ort und Stelle, und einmal kam es sogar vor, dass die Anzahl jener, die jedweden Widerstand bewaffnet zurückzuweisen bereit waren, etwa 500 betrug. Wiederholt kam es zu Handgreiflichkeiten. Der Abfuhr des Heues folgte die Einbringung der Weizenmandeln, und Behörden ordneten sogar an, dass die Bevölkerung jene Felder, welche die Bauern aus *Dorozsma* besetzt hatten, aufackert.“⁴³ Der Kampf gestaltete sich also sehr ernst.

Orczy wurde durch die fortwährenden Angriffe und Sachschaden dazu veranlasst den Bewohnern von *Dorozsma* und Umgebung durch den Einsatz jassen-kumanischen Husaren Schutz zu bieten, weil die Zusammenstöße und kleineren Plänkereien bereits ständig auf der Tagesordnung waren. Auf *Kyau*s Antrag wurde unter Führung eines Geschworenen der Königlichen Tafel eine Kommission entsandt, um sie Grenzlinie zwischen *Szeged* und *Dorozsma* festzulegen. Diese Kommission fasste aufgrund von Zeugaussagen einen für die Szegeder ungünstigen Beschluss, worauf *Szeged* zum Beweis seines Rechtes zwanzig Gegenzeugen einvernommen hat und auf Anweisung des Judex Curiae Regis *István Koháry* auch das Domkapitel von *Vác* im Interesse *Szegeds* eine Ermittlung durchführte. Eine Vereinbarung kam jedoch nicht zustande. Der Gemeinderat von *Dorozsma* meldete *Orczy*, welche Schäden die Szegeder den Bodenbesitzern von *Dorozsma* zugefügt haben. Die Meldung wurde durch *Orczy Kyau* übermittelt, der sie an die Königliche Kammer weiterleitete:

„1. Am 3. Mai 1723 trieben die Herren von *Szeged* 36 Ochsen der Bauern von *Dorozsma* weg, von diesen behielten sie vier zurück, die übrigen aber wurden entgegen von je 3 Polturen (anderthalb Groschen) rückerstattet.

2. Die Bewohner von *Szeged* erschienen mit 300 Pflügen auf den Feldern von *Dorozsma* und zerstörten dort 490 Joch Gerstensaaten, 60 Joch Weizen- und 30 Joch Hafersaat, sowie 7 Stück Leinsaat.

3. Die Herren Viertelmeister („fertylmester“) aus *Szeged* liessen zwei Kuhhirten aus *Dorozsma* derart verprügeln und quälen, dass ihr menschliches Gesicht entstellt wurde.

4. *János Horváth* und *Péter Hegedűs*, wohnhaft in den kumanischen Deserten von *Üllés* und *Átokháza* wurden von dem Volk, das unter der Führung der Szegeder Viertelmeister dahinkam, mit Axten verfolgt und verprügelt.

5. Der Herden-Tränkbrunnen in der Gemarkung von *Dorozsma* wurde eingestürzt, den Eimer des Brunnens in *Átokháza* zerbrachen sie, die in der *Pusztá-Herberge* vorgefundenen Sensen und Mistgabeln wurden zum Teil verschleppt, zum Teil zerbrochen.

6. Die Bewohner von *Szeged* verschleppten das in der Gemarkung von *Dorozsma* und *Üllés* in Schober gehäufte Heu (maslos viel). Auf diesen Praedien pflügten 44 bewaffnete Männer aus *Szeged* bei Tag und bei Nacht.

7. *István Mester* aus *Szeged* und vier andere Männer mähten die Gerste des *György Kovács*, eines armen Mannes aus *Dorozsma* ab und drohten jene, die sich ihrer Eigenmächtigkeit widersetzen wollten zu töten.

8. Auf dem Praedien *Üllés* wurde der Knecht des Richters von *Dorozsma*, *Gergely Fekete*, überfallen und ausgeraubt.

9. Die Szegedener überfielen in *Üllés* den Fleischbank-Richter (judex macelli) von *Dorozsma* namens *István Kálmán*, zerstückelten den Geschirrstang und den Zügel seines Pferdes in 18 Teil und drohten ihn totzuschlagen.

10. Die Szegedener drohten selbst gelegentlich der Gerichtsverhandlung in *Szeged* damit, dass sie die Ernte der Frühjahrssaat in *Dorozsma* verhindern werden.⁴⁴

Der Gerichtsentscheid und die Unterbreitung zur Ungarischen Kammer zeigten so lange nicht viel Erfolg, bis sie durch die Hofbehörden „für ihre treuen Dienste“ im Komitat Csongrád Deserten erhielten. Der Deutsche Ritterorden aber kräftigte seine Positionen auch anhand der Versprechung der kumanischen Praedien (Deserten) nur noch weiter. Im Jahr 1724 verringerte sich zwar noch die Anzahl der Pächter auf 21 jene der verarendierten Deserten stieg hingegen auf 39 der Pachtzinsbetrag aber stieg von 3105 auf 3476 rh. Gulden.

In den Jahren der Trockenheit und Dürre – als die Möglichkeiten der Produktenverwertung schon an sich geringer waren – vermochte die jassen-kumanische Bauernschaft selbst bei grösster Kraftanstrengung ihrer Steuerpflicht kaum nachzukommen. Obwohl sich die Bevölkerungszahl infolge der dauernden Zuwanderung allmählich vermehrte, stieg die Anzahl der Steuerzahler, wegen der einige Jahre dauernden Steuerfreiheit sowie der Aussiedlung auf die klimatischen Deserten kaum, im Gegenteil sie verminderte sich infolgedessen sogar, demgegenüber stiegen die Ansprüche der Wirtschaft und der Steuerkasse in den Distrikten, Marktflecken und Gemeinden von Jahr zu Jahr. Die Investition der neuen Objekte (öffentliche Gebäuden, Mühlen, Keller, Lager, Geräte, Einrichtungen usw.) erforderte immer mehr Einkünfte, zur Deckung der Jahresbezüge der Vorstände, der Deputatarbeiter und der Vertragsangestellten waren besser gesicherte Einnahmequellen nötig.

Und als derart infolge der zunehmenden Lasten die Steuereintreibung schwerfälliger wurde und sogar mitunter ins Stecken geriet, vermehrten sich die Gegensätze zwischen der in eine mehrfältige Steuerschraube gezwängten Bauernschaft und den Vorständen, die bestrebt waren die wirtschaftliche Deckung des Redemptionsbetrags aufzutreiben. In einigen Ortschaften waren in diesen Jahren das schonungslose Auftreten, die Übergriffe, ja Eigenmächtigkeiten der Vorstandsorgane gegenüber der steuerzahlenden Bauernschaft auf der Tagesordnung. Die Gegensätze gelangten in jeder Beziehung ins Zentrum des Jassen Distrikts, in *Jászberény*, sodann in *Jászapáti* in der Gestalt von Komplotten grösseren Ausmasses auf die Oberfläche. Der Hauptorganisator der Bewegungen war der Landwirt *Ferenc Nagy* in *Jászberény*, der „die Bevölkerung hinsichtlich des pflichtgemässen Gehorsams den Vorständen gegenüber spaltete, indem er verkündete, dass der Magistrat ungerecht mit der Bevölkerung vorgeht, die öffentlichen Einkünfte für persönliche Zwecke enteignet, und wenn die Leute ihm folgen, neue Richter und Geschworene in den Magistrat gewählt werden, so wohl in käyserlichen und herrschaftlichen Auflagen der Gemeinden verschaffen. Dadurch — schrieb *Orczy* dem Churfürsten *Franz Ludwig* — sich gar viele Einwohner verleithen lassen, ihm *Franz Nagy* beizufallen, auf Theile zutreiben, und . . . hat diesen Gift durch die übrigen Örtler derer Districten getragen, sogar das verlauthet, unterschiedene andere Örtler hätten nur gewarhet bis auf den *Jasberiner* Erfolg, und sich darnach richten wollen.“⁴⁵

Die Serie des Unrechtes und der Schädigungen gegenüber *Ferenc Nagy* begann schon im Jahr 1721, als anlässlich einer infolge von Brandstiftung entstandenen Brandkatastrophe sein eigenes Wohnhaus mit allem Zubehör völlig verwüstet wurde, wodurch ihm ein Schaden von 600 rh. Gulden entstanden ist. Die Behörde entschädigte ihn jedoch nur zum geringen Teil, von seiner alten Jahressteuer gewährten sie ihm keine Vergünstigung. Und als er sich dagegen verwahrte, enteignete man ihm 3 Joch Ackerboden, er wurde verprügelt und eingekerkert. *Nagy* betonte Jahr hindurch weit und breit das erfahrene Unrecht und die Misshandlungen, die Behörde hingegen betrachtete ihn als den gefährlichen Volksaufwiegler. Am 24. April 1723, anlässlich der Richter- und Geschworenenwahlen am *Sankt-Georgstag* befürchtete der Stadtmagistrat, die grosse Menge der Unzufriedenen würde in einer offenen Revolte auftreten, daher wurde *Nagy* abermals geprügelt und eingekerkert. Gleichzeitig wurden auch andere Übergriffe begangen.

Im Jahr 1723 enteigneten sich der neue Oberrichter und die neuen Mitglieder des Vorstandes ein städtisches Gemeinschaftsgut, den Mähgarten und die Wiese des *Desertums Szent Jakab*, sowie deren Ernte. Diese wurden vom althergebrachten Brauch abweichend nicht unter den Stadtbewohnern aufgeteilt, obgleich sie durch Gemeinschaftsarbeit bestellt wurden. Von den vielen unzufriedenen Stadtbewohnern gerieten an die Spitze der Bewegung auch *János Szelei*, *István Mizsei*, *Mátyás Csák* und *János Pernyész*, die Jahre hindurch fortlaufend misshandelt wurden, ein Teil ihrer Felder enteignet, ihre Steuer aber nicht ermässigt wurde.

Es kam häufig vor, dass in diesen schweren Jahren in das Gremium des Magistrats und des Senats nicht die Kandidaten der „Particular-Congregation“, sondern die durch Schwagerschaft-Patenschaft protektionierten Kollaboranten gewählt wurden. Auch das war ein Grund, warum sich die Unzufriedenheit gegenüber dem Vorstand steigerte. Das Vieh der rebellen Landwirte liess der Richter auch von den Gemeindeweiden mit der falschen Begründung eintreiben, dass dieses in den „verbotenen Mahd-Gärten“ und in den benachbarten Saaten Schaden angerichtet habe. Das auf diese Weise beschlagnahmte Vieh wurde nur entgegen einer dem Umfang des Schadens entsprechend festgesetzten Bargeldzahlung dem Eigentümer zurückgegeben. So geschah es unter anderem auch mit dem Vieh von *Ferenc Nagy*, obgleich den Schaden gerade das Vieh der Gemeindevorsteher verursacht hatten. Hierauf erhob Nagy abermals Klage beim Stadtrat, dort wurden jedoch seine Beschwerden nicht behoben, vielmehr wurde er abermals geprügelt und sodann vom Hofe des Rathauses hinausgestossen. Aus den in der Streitsache vernommenen Zeugenaussagen geht auch hervor, dass die zwecks Kontrolle der Gemeindeweiden und verbotenen Gärten entsandten Geschworenen auch den gemeinsamen Hirten an Ort und Stelle verprügelt haben, wenn er sich gegen die Eintreibung des Viehs, das nicht im verbotenen Gebiet war, verwahrte. Sodann wurde er aufs Rathaus vorgeladen, wo man ihn abermals geprügelt und eingekerkert hat.⁴⁶

Wegen des gewaltsamen Besitzraubes und den Vermögensenteignungen erschienen gelegentlich viele auf einmal im Rathaus um Schadenersatz zu fordern. Der Fürsprecher der Geschädigten war diesmal *Szeley*, der in früheren Jahren auch die Senatorenwürde bekleidete. Die Männer des Vorstandes umzingelten aber diesmal mit Stöcken und Stagen bewaffnet rasch die Gruppe, wobei die Empörten derart eingeschüchtert wurden, dass sie sich allmählich von *Szeley* entfernten, den aber der Rat wegen seines gruppenweisen Auftretens 6 Stück Zugvieh als Strafe enteignet hat. Ähnliche schwere Gesetzwidrigkeiten und Eigenmächtigkeiten kamen auch im Laufe der gewaltsamen Steuereintreibung vor. Denen, die den auf sie entfallenden Teil des Pachtzinses und der Kriegssteuer nicht rechtzeitig entrichten konnten, wurde ihr Haus und Grund enteignet, sie aber wurden aus der Stadt verbannt. Viele zogen sich auf die kumanischen Deserten zurück. *J. Pernyész* war ein adeliger Mann, Verwandter des Oberrichters, der Vorstand wandte sich von ihm dennoch ab, weil er sich der Partei *Ferenc Nagy* angeschlossen und es für gesetzwidrig und unterträglich hielt, dass statt der Kaiserlichen Hofkammer und der Landstände der Jassen-Kumanische Distrikt dem Deutschen Ritterorden die „Wiedererstattung“ von 250 000 rh. Gulden bezahle. Gelegentlich – als er selbst nicht daheim war – erschienen die Richter in seinem Hause und forderten von seinem Sohn ihren Kahn zum Gebrauch der Stadt zu überlassen. Der Sohn vermochte dem in Abwesenheit seines Vaters nicht nachzukommen. Nach seiner Heimkehr wurde deshalb *Pernyész* so schrecklich verprügelt, dass er sechs Wochen lang krank darniederlag. Im Laufe der im Prozess angeordneten Zeugeneinvernahmen erklärte er, dass er bezüglich der schweren Misshandlungen derzeit nicht auszusagen wünscht, aber als Edelmann

wird er zukünftig „auf gesetzlichem Wege Genugtuung suchen“.⁴⁷ Der 50 Jahre alte Landwirt *Mátyás Csák* wurde seitens der Vorstehung deshalb verfolgt, weil gelegentlich der Zeugeneinvernahmen trotz der einschüchternden Umstände die serienweisen Übergriffe und Eigenmächtigkeiten der Richter und Geschworenen tapfer aufzählte, ferner weil die Rebellen in seinem Haus und Garten ihre geheimen Zusammenkünfte hielten. Ebenso wurde der 80jährige *István Mizsei* und sein Sohn *Béla Mizsei* unter den gleichen Vorwand wiederholt geschädigt.

Wir hoben absichtlich solche Fälle aus der Serie von städtischen Amtsverfahren hervor, die nicht im Rahmen von offiziellen Rechtssprechungs- und Gerichtsverfahren erfolgt sind. Vor dem Gesetz hätte man nämlich die gewaltsamen Besitzergreifungen, Prügelstrafen, Missbräuche mit der Amtsgewalt und sonstige Übergriffe nicht annehmbar begründen und anständig nachweisen können, ohne dass das grundherrliche Berufungsgericht einzelne Mitglieder des Vorstandes verurteilt hätte. Andererseits gelangten Vorstandspersonen durch die obigen Amtsverfahren in den Besitz von Immobilien, wertvollen Wirtschaftsgütern und Vermögensgegenstände, die sie im Rahmen von gesetzlichen Verfahren nicht erhalten hätten.

Einerseits die Sorgen hinsichtlich einer Sicherstellung der zur geplanten Redemption benötigten Ausgaben, andererseits die in ungewohnter Weise durchgeführten Verfahren der Vorsteher zwecks persönlicher Begüterung und die im Zusammenhang mit diesen früher oder später auch im Kreise der Geschworenen zu beobachteten Vorfälle, die vielfach als Eigenmächtigkeit und Gesetzwidrigkeit gewertet werden konnten, führten dazu, dass die Richter und Geschworenen vor gerichtlichen Berufungsverfahren förmlich zitterten und alles daransetzten, auch die schwierigen Angelegenheiten „häuslich“ zu erledigen und einer Revision seitens der Oberhoheitlichen Gerichte des Ritterordens um jeden Preis aus dem Wege zu gehen. Unter solchen Umständen missachteten die einzelnen Vorsteher vollends die Rechte der geschädigten und bis zum äussersten erniedrigten, steuerzahlenden Bauern und als sich die Geschädigten, „die Untertanen gegenüber den gnädigen und hochgeborenen Herren“ (*Orczy, Kyau, Franz Ludwig*) „bis zu tausend Gulden abzusichern“ getrauten „bekamen sie einzelnen Leiter einen förmlichen Wutanfall und warfen jedwedes menschliche Gefühl ab. Die Beschwerdeführer suchten vergeblich Abhilfe oder irgendwelche Vergütung bei *Orczy*, „für ein geringes Geschenk“ wurden sie nur angehört und erhielten Versprechen, aber keinerlei Gerechtigkeit oder Schadenersatz.

Unter solchen Umständen beschlossen *Ferenc Nagy* und seine Schicksalsgenossen gegen die Leiter des Vorstandes des Jassen Distrikts und der Stadt, unmittelbar bei der Oberbehörde, dem Deutschen Ritterorden, bei *Franz Ludwig* einen Prozess anzustrengen. Sobald *Nagy* aus dem Gefängnis entlassen wurde, suchte er den Richter des Gerichtshofes des Komitats Heves-Külső-Szolnok, *Farkas András Losonczy* auf. Er trug ihm sein elendes Los vor, übergab ihm die Unterlagen der Beschwerden gegenüber den Vorstehern von *Jászberény* mit dem Ersuchen, *Losonczy* möge aufgrund de-

rer die schriftliche Anzeige, das Memorandum an die Kanzlei *Franz Ludwigs*, bzw. an die herrschaftliche Gerichtsbarkeit der Oberbehörde verfertigen.

Diese Anzeige trug *Nagy* in Begleitung von *András Mészáros* und eines Dolmetschers persönlich nach *Breslau*, unterwegs meldeten sie sich auch noch beim *Komtur Kyau* in *Wien*. In der Kanzlei des Ritterordens übergaben sie das Memorandum dem *Landkomtur Johann Solanus Späth von Zwiefalten*, sodann meldeten sie sich zur Audienz bei *Franz Ludwig* an, „der die Abgesandten in Anwesenheit von Ratsgebietiger ausführlich über die in der Anzeige enthalten Anklagen, deren Ursachen, Antezedentien und Folgen befragte. Die Abgesandten erklärten, dass der Vorstand die auch die gewaltsamen Vermögenskonfiskationen erworbenen Güter, ferner die kleineren städtischen Nutzungsrechte (Regalien), welche (Mühlen, Fleischbänke, Wirtshäuser, Märkte, Jagd, Vogelfang, Fischerei, Schilfrohrerute) der Deutsche Ritterorden wohl käuflich erworben hat, doch in dem Betrag des grundherrschaftlichen Pachtzinses sind – nicht zum Wohle der Gemeinschaft verwendet, sondern die einzelnen Richter und Geschworenen diese vielmehr häufig untereinander aufteilen. Es gibt solche, die von den öffentlichen Einkünften 500 – 600 rh. Gulden für eigenen Zwecke enteignen, das Gemeinvermögen wird seitens der Leute des Vorstandes regelmässig geplündert, „einige Richter können nicht sterben solange sie es nicht sagen, wer gestohlen hat und was gestohlen wurde. So gelangte die Wahrheit schon am Totenbett der alten Richter und Geschworenen ans Tageslicht.“

Die Herren der Oberbehörde stellten die Frage, warum sie selbst es zulassen, dass das Gemeingut verlorengelhe, worauf sie sich auf ihr eigenes Los beriefen. In der Kanzlei wurden die Namen des städtischen Oberrichters *Márton Pernýész* und des Obermutators *Mátyás Muhoray* notiert, da man der Meinung war, dass sie für die im Memorandum erhaltenen Übergriffe verantwortlich sind. Die Abgesandten erhielten das Versprechen, der Churfürst würde ehestens seine eigenen Leute in den Jassen-Kumanischen Distrikt zwecks Rechtssprechung entsenden. *Ferenc Nagy* erklärte, dass sie nach Rückkehr in ihre Heimat leicht Repressalien ausgesetzt werden könnten, daher ersuchte er um einen Schutzbrief. *Franz Ludwig* erwies sich namentlich hinsichtlich des Schicksals von *Ferenc Nagy* mitleidsvoll. Als Entschädigung gab er ihm acht Taler (16 rh. Gulden). Sie wurden aufgefordert, falls ihnen zukünftig irgendwas zuleide geschehen würde, dies sofort schriftlich zu melden. Für das als Geschenk erhaltene Geld kauften sie Tuch für Dolmane und Pelzjacken, und hatten keinen Zweifel bezüglich dessen, dass sie im Besitz des Schutzbriefes in einer gerechten Sache auf rechtem Weg vorgehen. Nach ihrer Heimkehr führte sie ihr erster Weg nach *Tarnaórs* zu *Orczy*. Obwohl die Sache *Orczy* bestürzt hat, erwog er die Umstände und Möglichkeiten und beurteilte sie vorderhand so, dass *Nagy* gewissermassen einen nützlichen Druck dem Deutschen Ritterorden leistete, weil so sich vielleicht die auch seinerseits bekannten wirtschaftlichen Übergriffe verringern werden, andererseits die auf dem Gebiet der Steuerzahlung neuerdings häufigen Verzögerungen aufhören.

Ein ganz anderer Empfang erwartete jedoch die Ankläger in der Stadt. *Nagy* wurde zuerst von *Pernýész* zur Verantwortung gezogen, „Warum

gehst du zum Fürsten, wo doch ich der Herr Jazygiens bin?“ Vor anderen hingegen erklärte er: „Es hätte nicht geschadet *Ferenc Nagy* mit Steinen totzuschlagen, da er der ganzen Stadt einen grossen Schaden angerichtet hat, er plauschte oben, vor den Herren, die ganze Wirtschaft der Stadt aus... *Ferenc Nagy* hat mit seinem Bericht ganz Jazygien und Kumanien sowie die Stadt dermassen geschädigt, dass sich dessen auch noch seine Kinder erinnern werden.“ Auch die übrigen Mitglieder des Vorstandes bedrohten *Nagy* und seine Gefährten brutal. *Nagy* setzte dessenungeachtet die Organisation fort... „indeme er in allen Dörfern herumgereiset und die Leuthe animiert... *Franz Nagy* hat seit seiner Zurückkunft von *Breslau* solche Unruhe und Aufstand unter dem Gemeinen Volk erwecket, dass solches ihren vorgestzten Richtern und Ratzleuten schon keine Portion mehr leisten wollen“.⁴⁸

Anfang März 1724 kam der Befehl *Franz Ludwigs* an *Orczy* die Ursachen der Unzufriedenheit und der Unruhe zu ermitteln. *Orczy* konstituierte sofort den Distriktsgeschichtshof, erst wurden 32 sodann 51 Zeugen verhört. Die Gerichtskommission stellte bestürzt fest, dass sich die Zeugen fast ausschliesslich zu *Nagy* und Genossen bekannt haben. Für den 10 April berief er dennoch den Oberkapitansgerichtshof des Ritterordens ein, doch fiel hier kein einziges Wort über die Protokolle der vorangehenden Zeugenverhöre. Den Verhandlungsstoff beschränkte er bloss auf die Erörterung von zwei schriftlichen Dokumenten: auf die schriftliche Anzeige, die *Ferenc Nagy* nach *Breslau* gebracht hatte und die diesbezügliche Antwort des Stadtvorstandes, die an den Churfürsten bereits abgesandt wurde.

Orczy erklärte in hinterlistiger Weise, dass *Nagy* seine Beschuldigungen nicht beweisen kann und dass diese nichts anderes als böswillige Verleumdungen und rechtswidrige Behelligungen sind, die Anzeige daher ein unwürdiger Angriff und eine nutzlose Bemühung ist. Mitglied dieser Verhandlung des Gerichtshofes war auch *Losonczy*, doch er hüllte sich im Besitz der schriftlichen Beweise in tiefes Schweigen. *Orczy* betonte, dass der Vorstand nicht nur von den vorgebrachten Beschuldigungen, sondern auch von deren Verdacht frei sei. Ebenso muss auch der von seiner Hoheit dem Churfürsten bestellte Gerichtshof selbst vom Schatten des Verdachtes befreit werden, deshalb müssen die unwürdigen Beschuldigungen zerstreut werden: „Hinc ut antetititatae Suae Serenitatis Principalis gratiosae voluntati eo magis satis fiat, eidemque ac Inclitae ejusdem Sedi ne fors quaequam oborta suspicio ex animis evellatur“.⁴⁹ Darauf folgend bestritt und erklärte er von Punkt zu Punkt die in der Anzeige enthaltenen Anklagen. Er berief sich darauf, dass der Vorstand die Steuern aus öffentliche Einkünften und Regalien ergänzt, dann aufgrund langjähriger Erfahrungen ist es allgemein bekannt, dass in diesen kargen Jahren der Geldbeschaffung sowohl die Eintreibung der grundherrschaftlichen Steuer, wie auch die der staatlichen und Kriegssteuer auf Schwierigkeit stösst, und die Abgänge aus öffentlichen Einkünften ersetzt werden. Er schlug vor, *Nagy* und *Mészáros* aufgrund des Gesetzartikels LVII vom Jahr 1723 („In facto dehonestations: poena declaratur“) zur Höchststrafe, zum Ausschluss aus dem Jassen-Kumanischen Distrikt zu verurteilen, und weil sie den Oberrichter

und dem Senat in ihrer Ehre tief beleidigt haben, sollen sie beiden je 40 rh. Gulden Geldbusse entrichten.⁵⁰ Der Gerichtshof erklärt sich mit der Entscheidung einverstanden, beantragte jedoch den Strafvollzug bis zur weiteren Bestätigung und Zustimmung seitens des Churfürsten auszusetzen.

Nagy und *Mészáros* sowie die übrigen Führer der Bewegung vertrauten aber ihrem Recht und setzten die Organisierung fort. Sie riefen die Bauernschaft auf ihren derzeitigen Richtern kein Gehör zu schenken und keine Steuer zu bezahlen. Obendrein wurden die am 24. April 1724 fälligen Richter- und Geschworenenwahlen nicht abgehalten, da man befürchtete, dass die Rebellen die Mehrheit der Stimmen gewinnen konnten, daher bestellten *Orczy* und *Kiss* statt der Wahl die Funktionäre, wodurch zumeist die Funktionäre des Vorjahres ihren Posten behielten.

In der hoch- und deutschmeisterlichen Kanzlei des Deutschen Ritterordens war sich dessen bewusst, dass das Steuergleichgewicht der Bauernschaft infolge der Bewegung und deren Vergeltung noch nicht völlig hergestellt war. Die Deutschordenskanzlei meinte daher, es würde nicht schaden, wenn die Bevölkerung dem Versprechen des hoch- und deutschmeisterlichen geistlichen Rats und der Rechtssprechung des hochfürstlichen Ritterordens auch weiterhin vertraute, nahm daher einen abwartenden Standpunkt ein und zögerte die Gutheissung einer Durchführung des Urteils des herrschaftlichen Gerichtsstuhles abzusenden. Die Leiter der Bauernbewegung hofften hingegen, dass man im Kreise der Distriksbehörde und des städtischen Vorstandes mit einen grossen Veränderungen rechnen kann.

Da sie aber den grundherrschaftlichen Pachtzins in diesem Jahr nur mit einer Verspätung von fünf Monaten entrichten konnten, erhielten die Distrikte eine Mitteilung wonach vom 1. November an die doppelte Anzahl von kaiserlichem Militär im Jassen-Kumanischen Distrikt einquartiert wird. Auch in *Wien*, in Hofkreisen der Hofkammer und des Hofkriegsrats rechnete man damit, dass die Eintreibung der grundherrschaftlichen und der Kontribution (Auflage) mit Hilfe eines grösseren Militärkontingents besser gewährleistet ist, und durch die lähmende Gegenwart des bewaffneten Militärs einer zu erwartenden Entfaltung der Massenbewegung erfolgreicher vorgebeugt werden kann. Somit hielten sich 1724/25 und im folgenden Militärjahr sehr viel Soldaten im Jassen-Kumanischen Distrikt auf. Indem sich aber das für die einzelnen Gemeinden bemessene Steuerkontingent nicht geändert hat, die Vorsteher und Geschworenen der Distrikte Städte und Gemeinden hingegen, die gut situiert waren und nunmehr auch bestimmte Jahresgehälter bezogen — und obendrein nicht vom steuerzahlenden Volk gewählt wurden — von der militärischen Einquartierung und von der Steuerpflicht befreit waren, spitzten sich die Gegensätze immer mehr zu. Die Glut der Unzufriedenheit glimmerte unter der Oberfläche und die Geheimbündelei unter der Bauernschaft hörte nicht auf. Die Bewegung dehnte sich auch auf andere Gemeinden aus. Sie forderten, dass die übliche Neuwahl der Funktionäre vom 24. April auf den *Sankt-Michaelitag*, den 29. September verschoben werden, da die Richter am

Ende des Militärjahres über die Verwaltung und Verwendung des Gemeingutes und der Steuern besser Rechenschaft ablegen können.

Die Leiter des Jassen Distrikts waren schon darüber empört und beauftragten den Stadtvorstand hierüber *Franz Ludwig* Bericht zu erstatten. Obernotar *Muhoray* und Distriktperzeptor *Szentgyörgyi* erhielten den Auftrag die jährlich zweimal fällige Weinlieferung von *Tokajer Ausbruch* zu begleiten und im Mai 1726 bei *Franz Ludwig* in *Nyssa* persönlich zu erscheinen um die seit zwei Jahren erwartete Genehmigung der Oberbehörde zu urgieren, damit das Urteil an den Führern der Bauernbewegung tunlichst bald vollzogen, beziehungsweise von ihnen die nicht unbedeutende Geldstrafe wegen Ehrenbeleidigung in der Höhe von 520 rh. Gulden eingetrieben werden könne. Diese Reise dauerte bis zum 27. Juni abends.

Während dieser Zeit hielt die unzufriedene Bevölkerung in mehreren Ortschaften des Distrikts (*Jászapati*, *Karcagújszállás*) geheime Zusammenkünfte ab, und *Ferenc Nagy* wurde aus neueren Gemeinden über ähnliches Unrecht unterrichtet. Aus den Gemeinden erschien unter Führung von *Ferenc Nagy* zum ersten Male am 23. Juni 1726 eine gewaltige Menschenmenge beim Gutsschloss *Orczys* in *Tarnaörs*. Die Menge forderte die Kopie der vor zwei Jahren an *Franz Ludwig* gerichteten Anzeige und die Antwort der Kanzlei des Ritterordens auf diese. Ferner forderte sie, dass das enteignete Ackerland zurückgegeben werde und jeder Geschädigte völlige Genugtuung erhalte. *Orczy* vermochte natürlich diesen Forderungen nicht nachzukommen er tröstete die Menge bloss mit Versprechen. Die rebellierenden Mengen kehrten mit Drohungen in ihre Gemeinden zurück.

Die Anführer der jassischen Verschwörer hielten bald in diesem, bald in jenem Haus und äusseren Garten (Gehöften) ihre geheime Zusammenkünfte, im Zeitpunkt der Entfachung der Bewegung konnten sie sich jedoch nicht einigen, sie spornten ihre Teilnehmer eher zu einem dauernden und harten Widerstand in den einzelnen Gemeinden an. In diesem Wochen und Tagen besuchte *Nagy* eine Gemeinde nach der anderen, „als welcher zu gewissen Zeiten weder Tag oder Nacht Ruhe hat, sondern in deren Dörfern – als ein *Mente Captus* – herumbreithet oder reiset, und die Leuthe zu unterschiedenen Unruhen verbindet“.⁵¹

Am 26. Juni 1726 nachts hielten sie abermals eine geheime Volksversammlung in *Jászberény* ab, an der mehrere Hunderte teilnahmen, und diesmal gerade im Garten von *Szeley*. Sie beschlossen tags darauf das Rathaus auch ohne Waffen von militärischen Wert zu besetzen, die Richter zu verhaften und die städtische Leitung zu übernehmen. 44 Teilnehmer waren aber mit diesem Beschluss nicht einverstanden. Diese hielten eine eigene Versammlung ab und unterbreiteten der Vorstehung des Distrikts eine „untertänige Instanz (Supplication)“. Ihr Ansuchen wurde sogleich dem Kapitän des Jassen Distrikts *Mátyás Takó* weitergeleitet, der sofort den in *Kecskemét* stationierten Generalmajor *Marches de Botta*, den Kommandanten des besetzenden Kaiserlichen Galbaischen Kürassier-Regiments verständigte, damit er im Falle eines zu erwartenden Aufstandes der Verschwörer zwecks Niederschlagung der Bewegung eine militärische Verstärkung in die Stadt sende. Gleichzeitig wurde auch die Vorstehung von

Karcagújszállás verständigt, damit sie vorbereitet sei. *Botta* begab sich mit einigen Dragonerkompanien persönlich nach *Jászberény*.⁵²

Am 27. Juni 1726, dem Namenstag des ungarischen Königs *Ladislau I.* morgens begann also unter so unglücklichen Umständen die Besetzung des Rathauses. Der Vorstand wollte an diesem Tag einen Teil der Bevölkerung als Notstandsarbeit auf den verbotenen Wiesen und Weiden der Stadt einsetzen. Dazu waren sie jedoch nicht bereit. Im Garten *Pernyész'* versammelten sich etwa 50 Personen und zwar von dort zum Rathaus. Ihre Anzahl stieg rasch auf 200 Kopf und am Hauptplatz schlossen sich ihnen noch mehrere an. Von den Anführern betraten drei das Rathaus um den Oberrichter ohne Aufsehen zu verursachen festzunehmen. Die mit Stangen bewaffneten Rebellen überfluteten dies Strassen- und Hoffronten des Rathauses, wo sich inzwischen schon eine gewaltige Menge angesammelt hatte. Dem Oberrichter aber gelang es durch ein anderes Tor das Gebäude zu verlassen. Hier gaben ihm es die Rebellen zu wissen, wonach das Volk es nicht länger duldet, dass die Führer der dem Churfürsten Wien transportierenden Expedition, das Heu und Futter, ferner die Verköstigung und volle Verpflegung der Begleiter von der Bauernschaft eingetrieben werde. *Csák, Szeley* und *János Szalay* aber forderten ihn auf den Stab und die Schlüssel des Rathauses sofort zu übergeben, da das Volk die derzeitigen Richter und den Vorstand nicht für gesetzmässig betrachtet. Gerade als der Oberrichter gezwungen war der drohenden Aufforderung zu folgen, traf der Pfarrer der Hauptkirche in Begleitung zweier Kirchenkuratoren dort ein. Er wollte an die rebellierende Menge eine Ansprache richten, jene aber verjagte sie. Inzwischen stürmten die Rebellen *Csák, László Ferenc, Szalay* und *Szeley* „in wütender Besessenheit“ in das Rathaus und besetzen jeden Raum. Einstweilen begegneten sie keinerlei Widerstand, die Richter, Hauptleute und Geschworenen flüchteten inzwischen.⁵³

Die Besetzung des Rathauses war noch nicht beendet, die Anführer der Rebellen waren sich der folgenden Schritte noch nicht einig, auch rechneten sie nicht mit einer Einschreitung des Militärs, als das Kaiserliche Militär unter Führung *Bottas*, an Ort und Stelle eintraf und um die Mittagsstunde die rebellierende Menge, die schon ausserstande war einen ernsten Widerstand zu leisten, zerstreute. Das Militär nahm die genannten Anführer der Bewegung im Rathaus fest und sperrte sie gefesselt ins Distriktsgefängnis. *Ferenc Nagy*, der sich gerade nicht in der Stadt aufhielt, sondern in *Jászapáti* organisierte und dort die Nachricht von den Vorgängen in *Jászberény* abwartete, wurde gegen Abend, nach seiner Heimkehr ebenfalls gefasst und in das gleiche Gefängnis gesperrt.

Dazu kam es weil „nach Wiederherstellung der Ordnung“ in den Abendstunden *Muhoray* und *Szentgyörgyi* mit den Befehlen des Churfürsten aus *Schlesien* heimkehrten. Unterwegs übermittelten sie die Befehle schon in *Tarnaörs Orczy*, der aufgrund dieser den Vorstand durch einen Boten anwies, auch *Nagy* gefangen zu nehmen damit er seine Gefängnisstrafe wegen Beleidigung des Vorstandes, – dem Befehl des Churfürsten entsprechend, – abbüsse, und sodann von jedem Richter und Geschworenen einzeln um Verzeihung bitte. Bezüglich der Genehmigung der Geldbusse verfügte *Franz*

Ludwig nicht, hingegen wies er Orczy an, Nagy nur in dem Falle aus den Jassen-Kumanischen Distrikt auszuweisen, wenn er im Kreise der Untertanen abermals eine ähnliche Rebellion anschüren würde.⁵⁴

Sobald Orczy von dem neueren Aufruhr in *Jászberény* Kenntnis erhielt, begab er sich gleich tags darauf aus *Tarnaörs* an Ort und Stelle um — nunmehr laut Befehl des Churfürsten — die Beschwerden des rebellierenden Volkes und die Verantwortung der Stadtvorstehung gründlich zu prüfen und zwischen Ihnen eine annehmbare Vereinbarung zustandezubringen. Ferenc Nagy wurde somit sehr bald auf freien Fuss gesetzt und konnte seine Organisationsarbeit fortsetzen.

Orczy schrieb am 10. Juli nicht frei von jeglicher Sorge, dass Nagy mit einem förmlichen Heer der durch ihn aufgehetzten Menschen bei ihm in *Tarnaörs* erschienen war, dort ihre alten Beschwerden wieder vorgebracht hat und ihn über die unmittelbaren Entfachungsgründe der Rebellion vom 27. Juni informierte: die Richter haben die verbotenen Gärten enteignet und wollten in diesen trotzdem unter dem Titel von Notstandsarbeit arbeiten lassen, die alten Richter schulden der Stadt mehrere Tausend rh. Gulden, und zahlten diese Schuld bis jetzt nicht zurück, die Mitglieder des Vorstandes verzehren in den städtischen Weinschenken und Kellern immer noch gratis, aus den städtischen Lagern schleppen sie Getreide, Mehl, Speck, Kochsalz, Heu, Bretter usw. zum eigenen Gebrauch nach Hause, von den auf den Gemeindweiden gehaltenen Rinder-, Pferde- und Schafherden suchen sie die schönsten Tiere aus und lassen sie mit ihrer Brandmarke versehen.

Aufgrund dessen beschloss Orczy zwischen den Rebellen und dem Vorstand eine schriftliche Vereinbarung zustandezubringen. Die Vereinbarung wurde am 23. Juli schriftlich abgefasst und lautet in kurzem Auszug folgendermassen:⁵⁵

a) Gelegentlich der Jahrmärkte entsenden sowohl die Vorstände wie auch das gemeine Volk je einen Marktrichter, die mit dem eingehobenen Standgeld offiziell verrechnen und hiervon den Senat und das Volk verständigen müssen;

b) mit dem von den griechischen Kaufleuten eingehobenen Steuereinkünften haben sie ebenfalls offiziell zu verrechnen und beide Parteien zu verständigen, um zu vermeiden, dass es zu Verdächtigungen komme;

c) *Szentjakab-Pusztá* und die übrigen Gemeingüter (Gemeinweiden, Wiesen, Mahdgärten) müssen dem derzeitigen Zustand entsprechend auch fernerhin ungeteilt erhalten bleiben, — „uti hactenus ita in posterum indivisibiler relinquantur“;

d) die Wiesen und Mahdgärten der Richter, Notare und der Zehentnehmer müssen dem alten Brauch entsprechend — so wie sie auch derzeit in ihrem Besitz sind unangefochten belassen werden;

e) die Wirtshaus- und Mühlenrichter werden zukünftig am Sankt-Michaelitag gewählt, diese haben sich eidlich zu verpflichten, dass sie mit den Einkünften anständig verrechnen werden;

f) beide Parteien verpflichten sich die strittigen Fragen gegenseitig zu besprechen und in Frieden miteinander zu leben. Wenn aber diese Verein-

barung wer immer verletzen würde, hat er eine Geldbusse von 100 Gulden zu entrichten.

Aus dieser „ein für allemal gültigen“ Vereinbarung geht hervor, dass die Bauernbewegung der Jassen einen neueren Erfolg erzielte. Es wurde jedoch nicht von einer Regelung der Kontrolle der Steuerkassen (herrschaftlichen und staatlichen) der Verwaltung der Einkünfte von Fleischbänken und der Benutzung von Gemeinweiden, der Geldbussen und Strafgelder und anderen wichtigen Fragen einer Kontrolle der Stadt- und Gemeindevirtschaft gesprochen. All dies wurde zur Quelle neuerlichen Unzufriedenheit.

Aus den späteren Berichten von *Spáth* und *Orczy* geht auch hervor, dass diese Vereinbarung auch noch eine verbale Klausel hatte, wonach falls sich die Unruhestifter gegen dies alles verwahren oder zwecks Organisation einer neueren Bewegung wieder geheime Zusammenkünfte veranstalten würden — verhaftet und zu Schanzarbeiten ins Gefängnis nach *Buda* gebracht werden müssen.⁵⁶

Obwohl *Orczy* diese Vereinbarung der Kanzlei des Ritterordens zugeleitet hatte, fiel es auch dort sofort auf, dass in der Vereinbarung mehrere wesentliche Fragen übergangen wurden, was auch das Vertrauen gegenüber *Orczy* erschütterte.

Diese Vereinbarung war nicht geeignet und ausreichend dazu um die Rebellen, die eine materielle Gutmachung und Gerechtigkeit forderten, zu befriedigen. *Nagy* besuchte im Juli und August nach wie vor regelmässig die Gemeinden des Distrikts. In *Jászapáti* warb er 60 Personen für die Bewegung. In *Jászberény* erhöhte sich die Anzahl der Verschwörer auf etwa 400 Kopf. Sie bemühten sich eine neue Bewegung vorzubereiten. Nachts wurden wieder häufig Zusammenkünfte veranstaltet. Der Stadtvorstand verschaffte sich Kenntnis hiervor und anfangs August überraschten sie die Beauftragten der Behörde bei einer nächtlichen Zusammenkunft. Obwohl die Hauptanführer der Bewegung entkommen konnten, wurden *István Nagy*, *Béla Mizsei* und *György Veres* verhaftet und von Militär eskortiert, gefesselt zu Schanzarbeiten in das Festungsgefängnis nach *Buda* geschickt.

Wenige Tage später wurde auch *Ferenc Nagy* verhaftet und ins Distriktsgefängnis gesperrt. Von dort konnte er aber bald entkommen. Ersuchte sofort *Orczy* auf und berief sich darauf, dass er in keinerlei geheimen Versammlung auf frischer Tat ertappt wurde, der Oberrichter ihn dessen ungeachtet eingekerkert hat. *Orczy* möge ihm daher einen Schutzbrief ausfertigen, damit er sich in dessen Besitz vor der Oberbehörde verteidigen könne. *Orczy* erachtete die Bitte für berechtigt. Somit konnte also *Nagy* frei in den jassen-kumanischen Gemeinden ein- und ausgehen und die Bauernschaft noch entschlossener für neuerliche Bewegungen organisieren.

Am 10. August 1726 erhob sich die Bauernschaft in *Jászapáti*. *Mihály Tóth* der Anführer der Bewegung in *Jászapáti* unterhielt seit Jahren enge Beziehungen zu *Ferenc Nagy*. Die Unzufriedenheit wurde dadurch nur noch gesteigert, dass der Vorstand des dicht bevölkerten und ebenfalls über drei Jahrmärkte verfügenden Grossgemeinde seit Jahren der gleiche

blieb, ferner, dass dem Gemeinderat 24 Senatoren und Geschworene angehörten, obgleich auch 12 genügt hätten. Dadurch erwies sich die Anzahl der für die Dauer ihres Amtes steuerfreien wohlhabenden Landwirte als unverhältnismässig hoch. Die organisierten Bauern verweigerten nach der Ernte, zur Zeit des Dresches die Bezahlung der Steuern den eigenmächtigen und herrschsüchtigen Richtern und Steuereinnehmern. Sie betonten, dass sie keine 24 Senatoren brauchen, dass es an der Zeit sei den gesamten Gemeindevorstand abzulösen, sie seien schon reich genug, nun sollen auch sie im Verhältnis zu ihren Vermögen Steuer zahlen und die Bauernschaft wird aus ihrem eigenen Kreis einen zölköpfigen Vorstand wählen.

Unter der Führung von *Tóth* erstürmten sie am Vormittag des genannten Tages mit Stöcken und Stangen bewaffnet, in hemmungsloser Wut das Gemeindehaus, drangen in den Sitzungssaal, gerade als der Vorstand eine Ratssitzung abhielt: „Wir brauchen hier keine 24 Senatoren, mehr als 12 lassen wir nicht zu, die übrigen werden wir bei ihren Haaren aus dem Gemeindehaus entfernen! Ihr seid alle Spitzbuben, Teufelskerle! Euer Adel ist mir gleichgültig! Der Teufel bringe euch in die Hölle! Geht dorthin, von wo ihr gekommen seid!“ – schrie *Tóth* dem überraschten Rat zu. Als der adelige Richter *Márton Radich*, der kroatischer Herkunft war, den mit den Rebellen wütenden und fluchenden *Tóth* beschwichtigen wollte, brüllten sie ihn an: „Schweig... die Teufel haben dich zum Richter gewählt, du bist der Richter der Teufel, die Teufelsbrut hat auf dich gestimmt! Wir brauchen keinen kroatischen Richter, nur einen Ungarn! Geh vorerst zum Kaiser, bring von dort das Privileg, dann sei Richter!“⁵⁷ Hernach wurde er unter schrecklichen gotteslästerungen und „schimpfen Wörthern“ aus dem Ratsaal des Gemeindehaus hinausgedrängt. *M. Tóth* liess sich zum Richter ausrufen, nahm den Richterstuhl ein, „nicht allein zur Rechtskränkung der gleichen Richter, sondern auch zur Schädigung der ganzen Gemeinschaft, folglich schreckte er auch von einer verwegenen Schädigung der Edlen Herrschaft und des Staates nicht zurück – ... *Incliti Domini dispendio Statusque publici violamine non formidasset*“.⁵⁸

Tóth berief sich zwar darauf, dass er 300 Soldaten habe und seine drei Delegierten mit der Anzeige gegen den Vorstand bereits unterwegs seien zum allerhöchsten Churfürsten nach *Neisse*, doch ungeachtet dessen sandte der Vize-Oberkapitän des Jassen Distrikts, *Mátyás Kiss*, berittene Kuriere und Geschworene nach *Jászberény* um dort um militärische Hilfe zu bitten.

Während die Mitglieder des Senats von der Gefangenschaft der Rebellen freikamen und die Flucht ergriffen, traf gegen Abend ein Schwadron kaiserliche Kavallerie und zerstreute rasch die über keine Schusswaffen verfügende Rebellen. *Tóth* und Leidensgefährte wurden eisenbeschlagt, in Ketten gefesselt eingekerkert, und die Ruhe wurde wieder hergestellt. Da aber die Bauernschaft von *Jászapáti* am 24. August, dem *Sankt-Bartholomäustag* die alljährlich fällige Rate der herrschaftlichen und kaiserlichen Auflage nicht entrichteten, zitierte *Orczy* die Leiter für den 4. September vor den herrschaftlichen Gerichtshof des Jassen-Distrikts nach *Jászapáti*. Inzwischen wurde *M. Tóth* zu kaiserlichen Schanzarbeiten in das Festungs-

gefängnis nach *Ofen (Buda)* gebracht. Von dort aus richtete er ein schriftliches Ansuchen an *Orczy*, man möge nicht bloss die Geschworenen vor der Inquisition anhören, sondern auch die unzufriedenen Steuerzahler. Somit wurden am 15. September 25 vorgeladenen Landwirte in Angelegenheit des Aufstandes einvernommen, diese sagten jedoch ausnahmslos zu gunsten *M. Tóth*s aus. *Orczy* sah sich gezwungen am 21. September dem Hochmeistertum *Franz Ludwigs* zu melden, dass die dem *F. Nagy* und *M. Tóth* ähnlichen rebellierenden „*Archi-Koryphäen*“ die Ruhe der Gemeinden bereits derartig aufgepeitscht haben, dass die Richter der Möglichkeit einer Eintreibung der jährlich üblichen herrschaftlichen Arenda-Gelder und der kaiserlichen Kontributionen einfach beraubt wurden.

Daher könne *Orczy* mit den am 29. September fälligen Auflagen nicht verrechnen lassen, ja selbst die den Gemeinden gebührenden öffentlichen Abgaben könne man von der aufgehetzten Bauernschaft nicht herauspressen. Er ersuchte um einigen Aufschub, ferner urgierte er die Anweisung, wie er zukünftig mit den Anführern der Bauernbewegung und ähnlichen Straffälligen vorgehen soll.⁵⁹

Auch in andere Gemeinden gelangte die Nachricht, dass von den Anführern der jassigischen Bauernbewegungen schon vier in *Buda* gefesselt an den Schanzarbeiten des Festungsgefängnisses arbeiten, ferner, dass *Orczy* seinen *Ferenc Nagy* früher erteilten Schutzbrief für nichtig betrachtete, gegen ihn einen Haftbefehl erliess und ihn schliesslich eingekerkert hat. Daraufgehend sandten *Pernyész* und *Csák* eine neuerliche Eingabe an *Franz Ludwig* nach *Breslau*. Sie berichteten, dass die Richter gegenüber den beschwerdeführenden Steuerzahlern noch gewalttätiger vorgehen, vier von ihnen durch gepanzerte Reiter nach *Buda* geschleppt wurden, andere eingekerkert sind, sich vergeblich auf „Eure allergnädigste Majestät“ berufen und sich bis zu 1000 Gulden abgesichert haben, kümmern sich die Richter darum nicht im geringsten. Nun werden auch die Steuerlasten der Eingekerkerten auch den auf freiem Fuss befindlichen aufgebürdet. Sie ersuchen daher die Überprüfung der bisherigen Verfahren anzuordnen und Freilassung der Eingekerkerten.⁶⁰

Am 26. September 1726 führte *János Szeley* abermals eine vielköpfige Delegation nach *Tarnaörs* zu *Orczy* mit der Forderung einen neueren Untersuchungsausschuss des Gerichtshofes zu entsenden. *Orczy* kam dieser Forderung nach. Im Laufe des Verhörs stellte sich unter anderem heraus, dass der Oberrichter *Pernyész* von den öffentlichen Geldern tatsächlich 1700 rh. Gulden zurückbehielt. Er verteidigte sich damit, dass wenn einmal die Stadt ein Bauvorhaben hat, oder wenn *zwecks einer anderen Sache das Geld sehr notwendig wäre*, er nicht versäumen würde es zurückzuzahlen. Mehrere Zeugenaussagen behaupteten, dass viele Senatoren aus den Mühlen das Mehl sackweise in ihr eigenes Haus bringen liessen, ebenso aus der Küche und Kammer des städtischen Rathauses Lebensmittel, Getränke, Kochsalz usw.⁶¹

Eben deswegen hielt *Orczy* am 9. Október in *Jászárokszállás* bei Gerichtshof des Jassen-Distrikts eine neuerliche Inquisition. Diese Erhebung

und Ermittlungsverfahren des herrschaftlichen Gerichtshofes zeitigten jedoch nicht viel Effekt.

Inzwischen langte die untertänigste Supplikation des *M. Csák* und *János Pernyész* in der hochmeisterischen Kanzlei des Deutschen Ritterordens ein. Ferner erfuhr *Franz Ludwig* durch die Berichte *Orczys*, *Kyaus* und *Späths von Zwiefalten* von den neuerlichen Unruhen der jassen-kumanischen Bauernschaft, daher entsandte er am 18. Október 1726 eine Sonderkommission (Specialem Commissionem), einen herrschaftlichen Obergerichtsstuhl des Deutschen Ritterordens, nicht allein um weiteren Rebellionen vorzubeugen, sondern auch um die tatsächliche Ursache der seit Jahren dauernden Aufruhren und die damit verbundenen Klagen eingehend untersuchen.

Mit dem Vorsitz dieses Obergerichtshofes betraute er *Späth von Zwiefalten*, mit dem Auftrag sich zusammen mit *Orczy* in den Jassen-Kumanischen Distrikt zubegeben, unter Einbeziehung entsprechender Ratsgebietsgrößen seinen Befehl unverzüglich nachzukommen und ihm hierüber einen eingehenden schriftlichen Bericht zu erstatten.⁶² *Späth* empfahl *Franz Ludwig* die Mitglieder des ritterordentlichen Obergerichtshofes möge *Orczy* ernennen, ferner, dass über die im Laufe des Verfahrens entstandenen Unkosten auch der Miteigentümerin, der *Széchényi-Fundation* eine Verrechnung zu senden sei. Ein besonderes Augenmerk ist dem zuzuwenden — da die tatsächliche Ursache der Bewegungen aus den Berichten *Orczys* nicht hervorgeht — ob die Distriktsleiter und Richter nicht zu mit der Bevölkerung umgegangen sind. Ferner ist auch dem Kaiserlichen Hofkammer und dem Hofkriegsrat Bericht zu erstatten, da der Generalmajor des in den Distrikten einquartierten kaiserlichen Galbaischen Kürassier-Regiments *Marches de Botta*, über die Niederwerfung der Aufstände bereits Meldung erstattet hat.

Die Nachricht über die Entsendung des ritterordenlichen Obergerichtshofes verbreitete sich sehr rasch in den jassen-kumanischen Gemeinden. Die Richter traten in einigen Ortschaften hinsichtlich der Steuereintreibung noch härter auf. Zum Schauplatz besonders ernster Vorfälle kam es im Zentrum des Grosskumanischen Distrikts *Karcagújszállás*, wo die Bauernschaft seit Jahrzehnten häufig von der Waffe der Aussiedelung Gebrauch machte, die Gemeinde aber auch im Jahr 1726 die grundherrlichen und staatlichen Steuern durch auf Zinsen aufgenommenen Kredite bestritten hatte, und dies eine weitere Mehrbelastung darstellte. Jene, die dagegen Einspruch erhoben, wurden von den Richtern selbst unbarmherzig verprügelt. Ein solcher berüchtigter Raufbold war schon in den Jahren vor seiner Wahl zum Richter — als Ratsgeschworener- *Ferenc Karacs*, der auch wiederholt duelliert hat. Einmal schlug er seinen Gegner nieder und prügelte den bereits am Boden Liegenden fast zu Tode. Gelegentlich der Gerichtsverhandlung wurde er dennoch freigesprochen, bloss die Prozesskosten hatte er zu bezahlen.⁶³ Die Aufständischen von *Karcagújszállás* waren verhältnismässig arm, daher um vieles entschlossener der Eigenmächtigkeit gegenüber. Unter der Führung des *István Győry* ermordeten am 27. Oktober 1726 zehn „durch gegenseitige Verschwörung und mit

absichtlicher Vereinbarung“ den unverheirateten Sohn des genannten Richters, *Miklós Karacs*, „...habita mutua desuper conspiratione et destinata voluntate interficere ac totaliter e vita miseranda sufferri nil praetensi multominus formidari duxissent“. ⁶⁴ Aus dem wortkargen Gemeindprotokoll geht bloss das hervor, dass die Rebellen – *István Illés*, *Mihály Perge*, *Benedek Keste*, *István Tóth*, *Ferenc Tóth*, *Péter Tóth*, *Mihály Ferenc* und *Ferenc Vékony* – zusammen mit *Győry* sofort erfasst und eingekerkert wurden. Die Distriktshauptmannschaft erstattete tags darauf *Orczy* Bericht über die Verschwörung und des Totschlages, der auch diese Angelegenheit vor den obersten Gerichtshof des Ritterordens wies. ⁶⁵

Die churfürstliche Anweisung des Ritterordens schrieb vor, dass die Richter der Städte und Gemeinden aufzufordern sind ihre Verrechnungen auf drei Jahre rückwirkend samt den Belegschriften dem Gerichtshof vorzulegen. Falls sich eine übermässige Strenge der Vorstände herausstellen würde, sind die vier Bürger aus dem Festungskerker in *Buda* zu entlassen um zu ihren Familien heimkehren zu können, dies um so mehr, weil sie seit zwölf Wochen genug gesessen haben und sie zu Folgsamkeit und Untertänigkeit während dieser Zeit gelehrt werden konnten. Aus dem allen ist ersichtlich, dass man in der Kanzlei des Deutschen Ritterordens die Ursachen der Unruhen klar erkannt hatten, dort wusste man aber auch, dass zu einem allgemeinen bewaffneten Aufstand nicht mehr kommen kann. Für sie war das Wichtigste, dass die Steuerdisziplin der Bauernschaft im Jassen-Kumanischen Distrikt so bald als möglich wiederhergestellt werde. Zwecks Sicherung der ungestörten Tätigkeit des Obergerichtsstuhles wandte sich *Späth von Zwiefalten* an den Kaiserlichen Hofkriegsrat um Massnahmen zur Bereitstellung des kaiserlichen Galbaischen Kürassier-Regiments zu verlangen, da es unschwer vorkommen könnte, dass sich die Aufständischen während der Tätigkeit der Obergerichtskommission „in ihrer Starrköpfigkeit gegen die churfürstliche Kommission wenden“. ⁶⁶ Alle umsichtigen Vorbereitungen waren also getroffen.

Am 23. November 1726 versammelte sich endlich in Jászberény der churfürstliche Obergerichtshof, um in Angelegenheit der seit zwei Jahren dauernden Bauernbewegung eine letzte, zusammenfassende Inquisition durchzuführen und Deliberationen bzw. Urteile zu fällen. Die Mitglieder des Obergerichtshofes waren: *Späth von Zwiefalten* Komtur von *Regensburg*, ebenso Colonellus des kaiserlichen *Neuberg*-Infanterieregiments, *Ádám Kelemen* königlicher Anwalt, der berichtete die Prozessakten, *István Orczy* Gerichtsassessor *Tabulae Regiae Judiciariae*, ritterordentlicher Oberkapitän des Jassen-Kumanischen Distrikt, *Marquese de Botta* Generalmajor, der Präfekt des *Vigil*-Regiments, *Pál Kada* Vizegespan des Komitates Heves-Külső-Szolnok, *János Almásy* Gerichtsassessor (*Tabulae Judiciariae*) des Komitates Heves-Külső-Szolnok, *András Dévay* Richter am Gerichtshof des Komitates Heves-Külső-Szolnok, *Ferenc Tomsich*, Gerichtsassessor des Komitates Pest-Pilis-Solt, *Friedrich Ritter v. Burchardt* Kriegsgerichtsanwalt des Dragonerregiments *Neuberg*, *Mihály Borbély*, Richter des Komitates Heves-Külső-Szolnok, sowie andere leitende Beamten und Rechtsexperten aus dem Jassen-Kumanischen Distrikt. ⁶⁷ Am angegebenen

Tag versammelte sich auf Befehl Späths von Zwiefalten eine mächtige Volksmenge auf dem Hauptplatz der Stadt, damit den vom Churfürsten eingelangten Erlass jedermann höre. *Späth* liess diesen auch in ungarischer Sprache verlesen. Diesmal verbot er auch persönlich jedwede weitere Rebellion der Bevölkerung und forderte die Anwesenden auf, dass — falls sie eine Beschwerde hätten — einer oder zwei von ihnen vor der Kommission erscheine, um dort die Beschwerde vorzubringen, „...aber darauf von denen Meisten ein ungestimmtes und bedrohentliches Geschrei vornehmen lassen, welches über 3 Vaterunser lang nicht continuiret...“⁶⁸

Der grosse Lärm beruhigte sich später einigermaßen auf die Mahnung *Späths* so dass — wie er in seinem Bericht schreibt — „ich dadurch gezwungen war von der Menge etwa 750 Familienoberhäupte durchwegs einzeln zu befragen, wer sich auf die Seite des Magistrats und dem gegenüber wer sich an die andere Seite stellt.“ Das Ergebnis war für den Obergerichtshof sehr ungünstig, weil sich bloss 200 wohlhabende Leute an die Seite des Vorstandes stellten und keine Beschwerde vorzubringen wünschten, während mehr als 500 — mit den Worten *Späths* — „das arme Pöbel“ mutig an die andere Seite stellten und sich unter der Bezeichnung „Segin Schick oder Armen Faktion“ sonderten ab. Die von beiden Seiten ausgewählten Leute trugen hernach die Beschwerden der Bauernschaft vor, die aus den Antezedentien schon jedermann kannte. Von der Organisiertheit der Bewegungen reichte es zu nichts weiterem. Hierauf „ging jedermann still nach Hause“. Etwas anderes hätten sie in der lähmenden Anwesenheit der bewaffneten militärischen Macht auch schwerlich tun können.

Kelemen begründete in der geschlossenen Sitzung aufgrund der ihm zur Verfügung stehenden Dokumente vielseitig „die Anklage wegen Verschwörung gegen das Gemeinwohl, wegen Rebellion und Aufruhr gegen die bestehenden Gesetze, die öffentliche Ordnung, die Vorstände und den Staat“, wobei er sich auf die Paragraphen des *Verböczy*'schen Tripartitum berief.

Zuerst wurde in Angelegenheit der Aufständischen von Karcagújszálás das Urteil gefällt. *István Győry* wurde zum Tode durch das Schwert, seine Konsorten zu je einem Jahr Schanzarbeit in *Buda* und zu je 100 Stockschläge vor der Öffentlichkeit verurteilt.

Gegen *Mihály Tóth* aus *Jászapáti* erhob der Gerichtshof eine dreifache Anklage: gemeinsam mit *Ferenc Nagy* aus *Jászberény* nahm er seit Jahren an den Rebellionen gegen die Vorstände teil und unter fürchterlichen Flüchen eignete er sich das Richteramt an. Dafür erhielt er sechs Monate Schanzarbeit in *Buda* bei einer Kerkerstrafe in Fesseln und Ketten. Wegen Gottslästerung musste er 30 Stockschläge vor der Öffentlichkeit erdulden, damit seine Tat und seine Strafe jedermann zur Lehre diene.

Ferenc Nagy wurde als gefährlicher Anstifter und Rebelle — obwohl ihm gemäss der heimischen Gesetze die Todesstrafe gebühren würde — zu drei Jahren kaiserlicher Schanzarbeit und Festungsgefängnis in Ketten und Fesseln verurteilt. Von den Anführern der Aufständischen erhielten fünf Männer: *Mátyás Csák*, *László Ferenc*, *János Szeley*, *János Szalay* und

György Tóth je ein Jahr Schanzarbeit in *Buda*. Die schon seit neun Wochen in *Buda* gefangenen *Béla Mizsei*, *István Nagy* und *Gergely Vörös* wurden auch weiter im Festungsgefängnis belassen, von wo sie erst im folgenden Jahr auf freien Fuss gesetzt werden konnten.⁶⁹

Aus dem Bericht *Späths* geht hervor, dass von den neuerdings zu Schanzarbeiten nach *Buda* gesandten Archikoryphäen *Mátyás Csák* „... davon aber *Csák* entsprungen und sich zu denen Franziskaner Orden zu *Pest* salviert“, und sich so von der Abbüßung der Strafe befreit hat. Ein besonderes (selbständiges) Urteil wurde gegen *János Pernyész*, der adelige Rechtsstellung genoss, gefällt. In Anbetracht dessen und seines schlechten Gesundheitszustandes wurde er nicht ins Festungsgefängnis nach *Buda* geschickt, auch eine Prügelstrafe konnte ihm nicht bemessen werden, doch wurde er so lange im Distriktsgefängnis gehalten, bis er die ihm bemessene Geldstrafe von 40 rh. Gulden bezahlte.⁷⁰

Kelemen und die Mitglieder des oberhoheitlichen Gerichtshofes kooperierten im Laufe der Niederwerfung der Bauernunruhen in allem mit den Leitern der Jassen-Kumanischen Distrikte, städte und Gemeinden. Kein einziger Richter oder Senator wurde seines Amtes enthoben *Orczy* schloss die im Verlaufe der gerichtlichen Untersuchungen erster und mittlerer Instanz zu Protokoll genommenen berechtigten Beschwerden, Verwahrungen und Berufungen nicht den Schriften des oberbehördlichen Gerichtshofes bei. Mehrere Akten gerieten erst nachträglich ins Archiv des Deutschen Ritterordens. Die vorgeschlagenen Urteile und bemessenen Strafen bestätigte *Franz Ludwig* mit seinem in *Nyssa* am 10. Dezember 1726 datierten Erlass. Diesen übermittelte die Kanzlei an *Späth* in *Jászberény* und auch an *Orczy* in *Tarnaörs*.⁷¹

Offiziell kam auch die Frage der Redemptionssumme und deren Beschaffungsmethode nicht zur Sprache. Diesbezüglich erhielt der Gerichtshof expressis verbis keinerlei Weisung. *Späth* betonte bloss, dass hinsichtlich der grundherrschaftlichen und staatlichen Besteuerung des Jassen-Kumanischen Distrikts sowie einer genaueren Evidenzführung der Einkünfte und Ausgaben der Marktflecken und Gemeinden Massnahmen getroffen werden müssen. Es wäre notwendig in den Ortschaften des Jassen-Kumanischen Distrikts eine neuerliche eingehende Visitation und Konskription durchzuführen. Da es aber bereits Winter geworden ist und auch die Verkehrsverhältnisse ungünstig sind, wäre die Visitation auf das nächste Jahr zu verschieben. Auch er war der Meinung, dass diese so durchzuführen ist, dass der Konskription keine Fremden zugezogen werden, weil dadurch diesen die wirtschaftlichen Kräfte des Jassen-Kumanischen Distrikts zu sehr ins Auge fallen würden.⁷² *Späths* Vorsicht war begründet, indem die umliegenden Komitate am *Pressburger* Reichstag immer wieder forderten, dass die Anzahl der „Porten“ und dadurch das staatliche Steuerkontingent im Jassen-Kumanischen Distrikt erhöht werde. Daran dachte er jedoch weniger, dass die ortsbefehlenden Verwaltungsstellen alles daran setzten, dass das jassen-kumanische Vermögen und die tatsächlichen Einkünfte auch vor dem verpachtenden Grundherren verborgen bleiben. Diesbezüglich aber hatten sie recht.

Die jassen-kumanischen Bauernbewegungen hatten aber zweifelloso positive Ergebnisse. In den Jahren der Unruhen wurde das grundherrschaftliche Arenda-Geld nicht erhöht. Nach Besänftigung und Retorsion der Aufrehere erklärte der ritterordentliche Churfürst *Franz Ludwig*, dass er hinsichtlich einer Verrechnung der grundherrlichen Einkünfte zukünftig das Verfügungsrecht ausschliesslich sich selbst vorbehält.⁷³ Auch ordnete er an, dass die herkömmliche geistliche, gesellschaftliche, politische Ordnung, sowie die der wirtschaftlichen Struktur in den Jassen-Kumanischen Distrikte in jeder Beziehung geregelt werden müssen.

Die ortsbehördlichen Verwaltungsstellen haben zwecks Verbesserung und Stabilisierung der Verwaltung und der Gerichtsbarkeit, Behebung der behördlichen Übergriffe und Wiederherstellung der Steuerdisziplin einige Reformen eingeführt. Auch in mehreren kleineren jassen-kumanischen Gemeinden ging man erst seit 1725 auf eine Protokollführung der Gemeinderats-Kongregationen über. In dem Marktflecken und in den Gemeinden des Jassen-Distrikts wurden die jährlichen Gehälter und Einkünfte der Beamten und Angestellten der Vorstände einheitlich und genau schriftlich festgelegt. Es wurde gleichen Zeit ausgesprochen und streng vorgeschrieben, dass dem Ritterorden als Oberbehörde nur die General-Congregation Ansuchen unterbreiten darf.

Während man dem *Markgrafen Botta* für „seine guten Dienste“ seit drei Jahren in den Distrikten als Anerkennung sechs Ochsen (oder 100 Imperial = 150 rh. Gulden) schenkte und dies in Steuerform den Steuerzahlern auferlegt wurde, erhielten die in den vorhergehenden Jahren Geschädigten keinerlei materielle Genugtuung, im Gegenteil, die meisten wurden eingekerkert. Auch unter den auf freiem Fuss Verbliebenen glimmte die Glut der Unzufriedenheit weiter: „Es gibt 24 Räte, aber alle sind Diebe. Es ist mir gleich, wer mir den Strick um den Hals legt, ich lege ihn dem an den Hals, der es verdient. Die Redlichen wurden nach Buda geschickt und mit diesen jene dort freigekauft.“⁷⁴

Im Laufe der Bauernbewegungen, zur Zeit des Urteilspruches und der Vergeltung geriet die örtliche leitende Schichte tatsächlich auf eine gemeinsame Plattform mit dem Grundherrn. Im langen Kampf wurde noch keineswegs das letzte Wort gesprochen.

ANMERKUNGEN

¹ *János Szentmiklósy (Nagy)*, „ezereskaptány“ (etwa Oberst, Kommandant des zusammengezogenen jassenkumanischen Regiments und *András Török*, „ezereskaptány“, Vizekapitän des Jassen-Kumanischen Distriktes, haben am 26. April 1711 den Unterwerfungseid nicht geleistet und waren auch bei der Waffenstreckung in Szatmár nicht erschienen. Vgl. *Kiss, J.*: A Jászkun Kerület parasztsága a Német Lovagrend földesúri hatósága idején (Die Bauernschaft des Jassen-Kumanischen Distrikts zur Zeit der Grundherrschaft des Deutschen Ritterordens) 1702–31. Budapest, Akadémiai Kiadó, 1979. S. 77, 81–82.

² *Kelemen, Emericus*: Institutiones Juris Privati Hungarici. II. Pestini, 1814. Coronalitas. Quid bona Coronalia? S. 1006, ferner ebendort Bd. I, S. 305–07. Die einschlägigen ungarischen Gesetze: Ladislaus IV. 1279: G. A. 8, Karl Robert 8. März 1323, Ludwig der Grosse 28. April 1371, Wladislaus I. 1444: G. A. IV, § 1–2, Ladislaus V. Januar 1453, Matthias Hunyadi (Corvinus) 1459: 33–34, 1467: G. A. 11, § 1–2, 1485: G. A. 11, Wladislaus. II. 1492 und 1498: G. A. 47, 1514: Decr. VII, § 3, 1518: G. A. 14–15, Ferdinand I. 18.

- Mai 1553, Ferdinand II. 3. August 1662, Ferdinand III. 5. Dezember 1646, *Leopold I.* 7. Juni 1673, 29. August 1682, 5. November 1696, 1715: Decr. I, Art. 34. (Corpus Juris Hungarici. Millennium-Gedenkausgabe, Budapest, 1900, S. 465–466.)
- ³ *Kováchich, József Miklós*: Sylloge decretorum comitialium incliti Regni Hungariae. Pestini, 1818, S. 77–78. Wladislaus I. 1444: III, IV, Decr. § 1–2 „Conclusum est, puta: ut quis neque nos, neque nostri praedecessores Reges, cuiquam relaxare perpetue, aut pro pignore locare, seu quomodolibet aliter (aliter deest) a Corona alienare potuimus, et potuerunt, ideo debeant Coronae reappropriari et in manibus nostris resignari“. Dieses Gesetz wurde von niemandem ausser Kraft gesetzt.
- ⁴ Deutsch-Ordens-Zentral-Archiv, Wien, Ungarn-Abteilung. Im weiteren: DOZA U. 159/I. Kauf der Jasziger- und Kumaner-Distrikte. 701–727 f. Contractus emptorum venditorum Districtuum Cumanorum et Jaszigum in *Ungarn, Vienna*, 22. Martii 1702. Kardinal *Lepold Kollonits* hatte der kirchlichen Stiftung des *György Széchényi* 250 000 rh. Gulden entnommen und der Hofkammer übergeben. Das Geheimdokument hierüber wurde nicht veröffentlicht. Vgl. DOZA U 157/I. Testaments-Auszug nach *Cardinal von Kollonits*, 1704, am 17. März. 142–146 f., ferner *Maurer, Joseph*: *Cardinal Leopold Graf Kollonits*, Primas von *Ungarn*. Sein Leben und Wirken. *Innsbruck*, 1887, S. 539.
- ⁵ *Századok*, Jg. 104. 104, 1970. Nr. 3, S. 658–662. *Kiss, J.*: A jász-kun parasztság harca az örökös jobbágyság rendszerének kiterjesztése ellen (Kampf der jassen-kumanischen Bauernschaft gegen die Ausweitung des Systems der erblichen Leibeigenschaft), 1687–1703. Der Betrag des Palatinalzensus verringerte sich 1699 infolge der Kriegsverluste bereits auf 3489 rh. Gulden.
- ⁶ DOZA U 159/I. Relation über die vorgehabte Visitation... V. 19, Archiv des Komitats Bács-Kiskun, Kunsági puszták (Kumanische Deserten) I. 1. VI. 1702.
- ⁷ DOZA U 156/I. f 33–35– Instructio und Unterricht, *Breslau*, 1702. Von 1694 bis 1732 war *Churfürst Franz Ludwig* Generalis Magister des Deutschen Ritterordens, Herzog von *Pfalz-Neuburg*, gewählter Bischof von *Worms*, Bischof von *Breslau*, Fürstpropst von *Ellwangen*, Pfalzgraf von *Bayern*, Herzog von *Jülich, Kleve und Berg*, Oberhauptmann und Herzog von *Velden, Sponheim, Marchia, Ravenstein, Freudenthal, Eulenburg* und beider schlesischen Fürstentümer. Bruder der Königin *Eleonora*, Schwager von *Leopold I.*
- ⁸ DOZA U 170/I. Acta miscellanea 1708–1720. 26. Januar 1708. S. 17–32. 160/I. Verwaltungskorrespondenz über die Distrikte der Jaszigen und Kumanen und Urkunden über den Deutschordensbesitz in *Ungarn* unter *Sigismund*. S. 613–627. Auf dem für den 29. Februar 1708 einberufenen, jedoch vertagten Pressburger Reichstag vertrat bereits der Landkomtur des Ritterordens Br. *Heinrich Christoph von Kyau* den Jassen-Kumanischen Distrikt.
- ⁹ DOZA U 164/I. Über die *Szechenyische-Fundation* auf den Kumanen Distrikten und Streitigkeiten mit den Magnaten wegen des Besitzrechtes, 1710–1712. S. 8–166. Vgl. *Schoen, Arnold*: A budapesti Központi Városháza (Das Zentralrathaus von *Budapest*). *Budapest*, 1930. S. 12.
- ¹⁰ *Lukinich, Imre*: A szatmári béke története és okirattára (Geschichte und Urkundensammlung des Friedens zu *Szatmár*). *Budapest*, 1925, S. 340. Dieser Originaltext wurde also bis zum 25. Mai 1711 bereits gemäß des am 20. Juli ratifizierten Wortlautes *dem Wesen nach* geändert, indem dort schon keine Rede von einer Abhilfe der Unrechte, sondern bloss von einer „Überlegung in Einklang mit den Gesetzen des Königreiches“ ist. A.a.O. S. 417.
- ¹¹ Archiv des Komitats *Szolnok*, Archiv der Stadt *Jászberény* Hiv. Tud. 1710–1724. 3 : 60. 7. März 1712. A. a.O. 3 : 64. *Pozsony*, 8. Mai 1712. *Benedek Vámos*, Hauptmann des Jassen Distrikts, *Ádám Káldy* und *István Decsi*, jassen-kumanische Notare und Geschworene waren Reichstagsablegate. Sie intervenierten beim königlichen Justizdirektor und obersten Tribunalmeister *Ádám Meskó*, wobei sie ihm zehn Kühe und 100 Dukaten als Geschenk versprachen, damit er „eine Möglichkeit für ihre Befreiung finde“. A.a.O. 3 : 73. *Pozsony*, 11. Juli 1712.
- ¹² A.a.O. Protocollum II. 341 p. Instructio deputatorum in negotio Jaszigum et Cumanorum. 1712.
- ¹³ DOZA U 155/3. Beschreibung der Generalvisitation des Distrikts der Jaszigen und Kumanen 1714. *Kyau*s Kritik über *Ehrenfed*. 14. f.
- ¹⁴ Staatsarchiv, Budapest P 520 Misc. 13 : 64–81. *Orezy* war vom 10. Mai 1714 bis 26. April 1731 grundherrschaftlicher Inspektor des Ritterordens, Vizehauptmann, darauffol-

- gend bis 23. Oktober 1733 grundherrschaftlicher Oberhauptmann-Administrator des zur *Széchenyi-Stiftung* gehörenden Invalidenhauses in Pest.
- ¹⁵ Archiv des Komitats *Szolnok Jászb. lt. Hiv. Tud. 3 : 122.*
- ¹⁶ Im Jassen Distrikt *Mátyás Kiss* 1714–1731, in Kleinkumanischen Distrikt *Péter Nagy* 1714–1720, dann *Mátyás Szűcs*, im Grosskumanischen Distrikt *János Hódossy* 1714–1722, bis 1728 *János Csikay*, sodann *Mihály Gaál*, Vgl. Staatsarchiv Bp. P 520 Misc. 13 : 226.
- ¹⁷ DOZA U 155/3. Beschreibung... *Kyau*, 1714. 17 f. *Kutsera* regelte die Eintreibung der Kriegssteuer, die Angelegenheiten der militärischen Einquartierung und der Vorspanne. Sein Jahresgehalt bestritt nicht der Deutsche Ritterorden, sondern die Distrikte: 75 Gulden Bargeld, 13 kg Weizen, 15 kg Pferdefutter, 1 q Fleisch, 2 Paar Stiefel, 100 „icee“ (ungarisches Flüssigkeitsmass), 1 Pfund Pfeffer, 2 Fuhren Holz, 8 Fuhren Heu. (Archiv des Komitats *Szolnok Jászb. lt. Prof. I. 28. p.*) 12 Kopf bewaffnete Soldaten standen ihm zur Verfügung.
- ¹⁸ DOZA U 155/3 a.a.O. *Strasser* richtete das grundherrliche Sekretariat im Barockschloss *Orczy* in *Tarnaórs* ein, seine Versorgung gewährleistete *Orczy*. Sein Jahresgehalt erhöhte *Kyau* von 200 auf 300 rh. Gulden. Seine Hauptaufgabe war sowohl über die grundherrliche Arenda-Gelder wie auch über die kaiserliche Portion genau dokumentiert Buch zu führen. *Orczy*s Gehalt betrug 6% der Bruttosumme des grundherrschaftlichen Arenda-Geldes, ferner eine beträchtliche Menge von Naturalien und Geschenke.
- ¹⁹ DOZA U a.a.O. 14. f.,... mithin die Investitur von gedenkenen Herrn Bischöffen zu *Erlau* und dessen Successoribus nicht abgeschlagen werden könne“.
- ²⁰ Hofkammer-Archiv, Wien, Hoff. Ung. rote Nr. 1741. 273–274. f.,... und dass mehr erwähnten Orden... in obangezogenen Districten Föstungen auf zubauen, auch solche mit Teütschen Ordens-Soldaten zubesetzen eingestanden werden, wodurch dann Status in Statu erfolget wäre“.
- ²¹ DOZA U 155/3 a.a.O. 15. f.,... votum et sessionem in Dieta mit allem Fueg und Recht dictantibus ipsimet Legibus Patriae zu präbendieren hat“.
- ²² Corpus Juris Hungarici. Millenniumi emlékiadás. *Budapest*, 1900, S. 466–467. *Caroli III.* decr. a. 1715. (1)
- ²³ DOZA U 159/1 Streit wegen des Incolats *Kyau* 1715–1717. 701–727. f. Enthält auch den Stoff der Reichsratsdebatten sowie die Berichte *Kyau*s.
- ²⁴ Archiv des Komitats *Szolnok Jászb. lt. Hiv. Tud. 3 : 131.* 22. November 1715.
- ²⁵ A.a.O. *Pálffy*s Antwort, *Pozsony*, 22. November 1715.
- ²⁶ *Orczy* gewährleistete das Vertrauen der jassen-kumanischen Führer mit allen Mitteln.
- ²⁷ Staatsarchiv Bp. 520. Misc. 13 : 103. 30. November 1715, 17. August 1717.
- ²⁸ Arch. d. Kom. *Szolnok Jászb. lt. Hiv. Tud. 3 : 141* und *3 : 122*,
- ²⁹ A.a.O. *3 : 141–149*. Sie waren auch im Oktober 1717, gelegentlich des *Palatinalconcurses* in *Pressburg*, an der geplanten Veranlagung der Kriegssteuer vermochten sie jedoch nichts zu ändern, auch der neuerliche Türkenkrieg steigerte die Schwierigkeiten.
- ³⁰ Staatsarchiv Bp. P 520 Misc. 13 : 103. *Orczy* urgierte *Szeged* wegen des Pachtzinses. *Orczy* besorgte während des Türkenkrieges 1716–18 „in der *Savoyen*-Armee gelegentlich der Belagerung von *Temesvár* und *Peterwardein* mit 100 Soldaten die Verköstigung des ganzen Lagers“. Vgl. *Nagy, Iván*: Magyarország családai czimerekkel és nemzedékrendi táblákkal (Familien Ungarns mit Wappen und genealogischen Tafeln). I–XII. *Pest*, 1857–1865, S. 240.
- ³¹ DOZA U 155/3 Beschreibung der Generalvisitation des Districts der Jaszigen und Kumanen. *Jászberény*, am 2. November 1713. Br. *Christoph Reisswegh ab Ehrenfeld* inspector. 161–173. f., Staatsarchiv Bp. N. 79 Arch. Regnic. ad Lad. DD : 5. Conscripção... 1720. 1–627, f., ferner *Kiss, J.*: A Jászkun Kerület parasztsága a Német Lovagrend földesúri hatósága idején (Die Bauernschaft das Jassen-Kumanischen Districts zur Zeit der grundherrschaft des Deutschen Ritterordens) 1702–1731. Tézisek (Thesen). *Budapest*, 1975, S. 20–22.
- ³² DOZA a.a.O., ferner Arch. d. Kom. *Szolnok Jászb. lt. Hiv. Tud. 5 : 1*. Conscripção. 1721., Arch. d. Kom. *Szolnok Jászkun Kerület Iratai*. B. Caps. I. 2 : 2. Conscripção, 1721.
- ³³ A.a.O.
- ³⁴ DOZA U 160/1 Verwaltungs-Korrespondenz über die Distrikte der Jaszigen und Kumanen. 110–260. f. *Kyau*s und *Orczy*s Briefe an das *Hochmeistertum* 1714–1724.

- ³⁵ DOZA U 168/1 Unbedeutende Akten... Abrechnung. Repartition-Extract. 27. Dezember 1712, 30. April 1711. Als Palatinalporta galten 3–4 konskribierte steuerpflichtige Haushalte. Nach einer anderen Quelle: 1 Palatinalporta = 4 Pflug (24 Ochsen-Boden) Ackerland in der Tiefebene. Arch. d. Kom. *Szolnok Jászb.* lt. 3 : 120.
- ³⁶ DOZA a.a.O. und 155/3, ferner 157/1 Instruktionen... Rationes super Quantum Contributionale Districtuum 1722–1727. 33–47. f.
- ³⁷ DOZA U 155/3 Rechnungen über die eingegangenen Arenda-Gelder in den Jahren 1713 bis 1726 inclusive, dann 1728. Ferner: Staatsarchiv Bp. 520 Misc. 13 : 418–419.
- ³⁸ S. Anmerkung Nr. 13!
- ³⁹ Corpus Juris Hungarici. Millenniumi emlékkiadás (Millennium-Gedenkausgabe). Budapest, 1900, S. 522. *Karl III.* 1715 : I. art. 107.
- ^{40–42} Agrártörténeti Szemle, Jg. XV, 1973, Nr. 3–4, S. 434–439. Kiss, J.: Küzdelem a jász-kunsági pusztákért a Német Lovagrend uralmának első évtizedeiben 1702–1720 (Kampf um die jassen-kumanischen Deserten in den ersten Jahrzehnten der Herrschaft des Deutschen Ritterordens 1702–1720).
- ⁴³ Reizner, János: A régi Szeged (Das alte Szeged). Bd. II. Szeged, 1887, S. 133–134.
- ⁴⁴ DOZA U 170/3 Korrespondenz und Relationes zu den Ungarischen negotium. 18. Jh. (Ungeordnet!) 15. Juli 1723.
- ⁴⁵ DOZA U 162/1 Aufstand in Jászberény und Jászapáti 1726. 154–155. f. Orczy Berichte am 10. Oktober 1726 aus Pest.
- ⁴⁶ Arch. d. Kom. *Szolnok Jászb.* lt. Hiv. Tud. 4 : 74. 27. März 1724.
- ⁴⁷ A.a.O. 4–40. f.
- ⁴⁸ DOZA U 155/2 Prozess des Franz Nagy gegen Senat und Magistrat zu Jászberény. 1–30. f. Gyöngyös, 29. April 1724, ferner 162/1 Aufstand... 200. f.
- ⁴⁹ DOZA a.a.O. 17. f. Replica.
- ⁵⁰ DOZA a.a.O. 18–28. f. Deliberatum est.
- ⁵¹ DOZA U 162/1 Aufstand... 182–183. f. „Wie er dann erst vor wenigen Tagen mit einem ganzen Geschwader Leuthe – so er aufgehetzt – bei mir gewesen und prätendierten...“
- ⁵² DOZA a.a.O. 188. f. Herr Obristwachter *Marchez de Botta* des Galbaischen Courassier Regiments.
- ⁵³ DOZA a.a.O. 221. f.
- ⁵⁴ DOZA a.a.O. 110–111. f. 17. Juni 1726.
- ⁵⁵ DOZA a.a.O. 220. f. Tarnaörs, 23. Juli 1726.
- ⁵⁶ DOZA a.a.O. 157. f. Brief Späths vom 30. November 1726.
- ⁵⁷ DOZA a.a.O. 189. f. 21. September 1726.
- ⁵⁸ DOZA a.a.O. 221. f. „Daemones te Judicem effecerunt! Daemonum Judex es, Daemones pro te votum dederunt, nos nec Croata, sed Hungarico Judice indigemus! Prius accede Caesarem, inde Privilegium ferens, postea sis Judex!“
- ⁵⁹ DOZA a.a.O. 189. f.
- ⁶⁰ DOZA a.a.O. 132–133. f.
- ⁶¹ DOZA a.a.O. 214–218. f.
- ⁶² DOZA a.a.O. 112–113. f.
- ⁶³ Arch. d. Kom. *Szolnok Jászb.* lt. Hiv. Tud. 4, ferner Arch. d. Kom. *Szolnok* JKI Polgári perek (Zivilprozesses), 1710–1730. Caps. I. 1 : 5.
- ⁶⁴ Arch. d. Kom. *Szolnok Jászb.* lt. Prot. II. 37–38. f.
- ⁶⁵ DOZA U 162/1 Aufstand... 199. f. Tag des Aufstandes 28. Oktober 1726.
- ⁶⁶ DOZA U 168/1 Unbedeutende Akten... „An Euer Hochlöblichen Hof-Kriegs-Rath dienstlicher Bitte umb einer... Ordre“, Wien, 30. Oktober 1726.
- ⁶⁷ DOZA U 162/1 Aufstand... 208. f.
- ⁶⁸ DOZA a.a.O. 151. f.
- ⁶⁹ DOZA a.a.O. 159–160. f.
- ⁷⁰ DOZA a.a.O. 204. f.
- ⁷¹ DOZA a.a.O. 162–164. f.
- ⁷² DOZA a.a.O. 159–160. f.
- ⁷³ DOZA a.a.O. 162. f.
- ⁷⁴ Arch. d. Kom. *Szolnok Jászkun Kerület Iratai* (Schriften des Jassen-Kumanischen Distrikts) *Jászb.* lt. Hiv. Tud. 1724–29, 5 : 42.